

Glanz und Elend der deutschen Geschichte 2000 bis 2016 Band 7

Der Zahlmeister des EU-Einheitsstaates

Band 7/115: 26.01.2008 – 31.10.2008

26.01.2008

BRD: Der deutsche Journalist und Historiker Klaus Rainer Röhl schreibt am 26. Januar 2008 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>Machtübernahmen - gestern und heute

Der letzte "Spiegel"-Titel war ein Renner. An den meisten Einzelverkaufsstellen war er schon am Dienstag ausverkauft. Es hätte nachgedruckt werden können. Die Ausgabe mit dem farbigen Hitlertitel lief einmalig, bei jung und alt übrigens. Es ist ja nicht so, daß nur die Alten ein so ansprechend schönes Bild ihres gewählten Diktators sehen wollten - eine geschönte Ölfarbenfassung, wie sie als Druck früher in fast jeder Wohnstube hing. Auch die Jungen kauften das Bild mit der Hakenkreuzfahne.

Wenn so ein Bild bei einem Jungsturm der Rechtsradikalen in einem schleswig-holsteinischen Dorf an der Wand hängt, kommen die Jugendlichen unter Umständen ins Kittchen. Wegen des Zeigens verfassungsfeindlicher Symbole und Bilder. Der "Spiegel" darf das. Er dürfte einen SS-Mann mit Sieges-Runen am Kragenspiegel und Totenkopf abbilden. Der "Stern" natürlich auch. Zeitgeschichtliches Interesse.

Ganz besonders in dieser Woche mit dem Jahrestag der Machtergreifung am 30. Januar 1933. Der "Spiegel" war nur vorgeprescht. Eigentlich war es gar keine Machtübernahme, es war eine Machtübergabe: Die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler durch den Präsidenten Hindenburg. Nachdem Nazis und Kommunisten auch nach der Reichstagswahl vom November 1932 eine negative Mehrheit behalten hatten und das Land unregierbar geworden war.

Schließlich übergab man Hitler die Kanzlerschaft, zusammen mit ein paar konservativen Politikern bildete er ein Kabinett. Er siegte immerhin durch Wahlen, nicht durch eine Revolution wie Lenin. Aber ein halbes Jahr danach war Deutschland eine Diktatur. 34,7 Prozent der Deutschen hatten Hitler bei der letzten freien Wahl im November 1932 ihre Stimme gegeben, die meisten sind heute nicht mehr am Leben.

Zwei ganze Generationen sind seither dazugekommen und kennen die Zeit nur noch vom Hörensagen, aber das Interesse an Bildern von damals, man muß schon sagen, die Faszination, hat sich erhalten, und selbst die Enkelkinder der ersten "Spiegel"-Leser haben dieses Interesse an den Führerbildern und Filmen und Aufmärschen und Klatschgeschichten scheinbar im Blut und wollen die "furchtbare Zeit" und das Tä-tä, Tä-tä, Tä-tä des Badenweiler Marschs immer noch einmal sehen und hören, und seit es, ab 1998, im ZDF die populären Fernseh-Serien über die NS-Zeit von Guido Knopp gab, schwemmte der Trend noch mehr Interessenten ins "Spiegel"-Haus.

Seit 13 Jahren ist Stefan Aust Chefredakteur beim "Spiegel". Angelernt als Journalist in den wilden 68ern im Röhl'schen "konkret". Zwischen Aufklärung über Vietnam und der Aufklärung über die Babypille. Er ist erst nach dem Ende des Hitler-Regimes geboren. Andere Erlebnisse als die Augsteins haben ihn geprägt. Sein größtes persönliches Erlebnis und ständig

umkreister Fixpunkt seines Interesses ist das, was er selber den "Baader-Meinhof-Komplex" genannt hat, aber seine geradezu fixe Idee ist eine gewisse, angebliche Mitschuld der Polizei beziehungsweise der Staatsschutzbehörden an der Gewalt, ja sogar an der Entstehung des Terrorismus.

Aber mit Baader und Meinhof allein kann man nicht Auflage machen. Der "Führer" im "Spiegel" hat sich immer gut verkauft, und der Termin der "Machtergreifung" lag ja nun wirklich zum Greifen nahe. Mindestens um zehn Prozent stieg die Auflage, auf 1,187 Millionen. Zu spät. Der Blattmacher, der so oft eine Auflage gemacht hat, ist gekündigt.

Auch im "Spiegel" gab es eine Machtergreifung. Über die Hintergründe müssen wir nicht lange rätseln. Ein Blick in die Linkspresse genügt: "Wird der 'Spiegel' wieder links?" titelte, nein, jubelte die linksopportunistische Tageszeitung (taz) am 16. November letzten Jahres, als bekannt wurde, daß die "Gesellschaft der Mitarbeiter" den Vertrag von Stefan Aust, der nur noch bis Ende 2008 läuft und gerade um zwei weitere Jahre verlängert werden sollte, überraschend kündigte.

Wird der "Spiegel" wieder links? War er denn je links? Das war wohl mehr eine Wunschvorstellung einiger Redakteure. Was muß man sich unter der "Gesellschaft der Mitarbeiter", die 50,5 Prozent der Anteile des "Spiegel"-Verlags besitzen, vorstellen, und wem verdanken sie ihre nahezu unbeschränkte Macht, die sie nach dem Tod Rudolf Augsteins haben? Augsteins Kinder behielten mit 24,5 Prozent nicht einmal mehr eine Sperrminorität.

Aber Augstein-Tochter Franziska hatte bereits im Jahr 2005 in einer Rede die Debatte über die "Qualität" der Berichterstattung losgetreten und zeigte sich mit der Mehrheit der "Mitarbeiter" einig: Unter Austs Führung sei die Zeitung "unpolitisch" geworden, bringe keine engagierten Serien und Reportagen mehr heraus.

Das ist erkennbar absurd. Im Gegenteil. Unter Stefan Aust wurden mehr knallharte, sensationelle Serien, Reportagen und Untersuchungen veröffentlicht als je zuvor. Das viel mißbrauchte Wort vom investigativen (gründlich nachforschenden) Journalismus konnte wieder zu Recht auf das Hamburger Magazin angewandt werden.

Doch sieht man heute überdeutlich, was mit dem Vorwurf mangelnder "journalistischer Qualität" gemeint war: linker Journalismus.

Unter Stefan Aust fehlten zunehmend die verharmlosenden Berichte über die auswuchernde, schon seit Augsteins Zeiten gehätschelte und begünstigte linke Szene, die nach 1967 entstanden war. Hier vollzog sich eine ohnehin fällige Ernüchterung. Vom Drogenkonsum bis zur Gewaltfrage, von der kritischeren Beurteilung der Dritten Welt und ihrer Probleme nach dem Zusammenbruch des Kommunismus, von der Illusion über die sogenannten guten Terroristen der RAF bis zur Gewalt an unseren Schulen in den mit Scheinasylanten vollgestopften Berliner Stadtbezirken.

Langsam begann im "Spiegel" eine lange anstehende Abrechnung mit den größten Verwüstungen, die die Erben der 68er in unserem Land angerichtet haben. Die unter Aust entstandene Serie über Haschisch-Konsum war geradezu epochemachend, die schonungslose Aufdeckung der Windkraft-Propaganda und der handfesten Interessen, die dahinterstehen, die Aufklärung über den unter dem neuen Titel "Gender" auftretenden radikalen Feminismus sind ebenso gut erinnerlich wie die Serie über die Ereignisse des sogenannten "Deutschen Herbstes" und das offene Beim-Namen-Nennen der Sympathisanten-Szene, die das lange Bestehen des RAF-Alptrauums erst ermöglichte.

Höhepunkt der Abrechnung war und die meiste Empörung unter allen Ex-Linken und Noch-68ern löste aber der "Spiegel"-Titel vom 29. Oktober 2007 aus. Auf ihm zeigte eine Karikatur zwei Alt-68er, die ein Transparent mit der Aufschrift in der Hand hielten: "Es war nicht alles schlecht!"

Es ist gut möglich, daß diese in der gesamten Republik mit Zustimmung und Gelächter be-

grüßte Karikatur das Faß bei der linken Mehrheit der "Gesellschafter" zum Überlaufen brachte.

Wenig später wurde ein neuer Geschäftsführer gewählt, dem von vorneherein die Rolle zuge-
dacht war, die Entmachtung von Aust zu exekutieren.

"Wird der 'Spiegel' wieder links?" Die "taz"-Schlagzeile will in Wirklichkeit sagen: Das Ma-
gazin möge gefälligst demnächst einen linken Kurs steuern! "In einer Zeit, in der im 'Web'
massenhaft Gegenöffentlichkeit entsteht, ist Aust ein Mann von gestern", triumphiert die
"taz". Das Wort "Gegenöffentlichkeit" ist entlarvend. Dieses Schlagwort wurde auf dem Hö-
hepunkt der 68er Revolte im Kampf linker Ideologen gegen die Presse benutzt, auch gegen
den "Spiegel".

Und der Wunsch einiger Redakteure, ein gut funktionierendes, kritisches, weltoffenes Maga-
zin einer rigiden und engstirnigen linken Agitation dienstbar zu machen, wurde von den "taz"-
Redakteuren nur besonders offen ausgesprochen. Solche Bestrebungen reichen weit in die
Geschichte zurück, genau in das Jahr 1967. Als die Aktion "Enteignet Springer!" sich schnell
als nicht realisierbar erwies und sehr bald als "Enteignet Augstein!" weitergeführt wurde, die
bald flankiert wurde durch eine lange vorbereitete und am Ende geglückte Kommando-Aktion
in "konkret".

Schließlich kamen die Rebellen, die diesen Handstreich mit der Hilfe eines kommunistischen
Einflußmillionärs und einer Million D-Mark schließlich zur Zerstörung des auflagestarken
"konkret" führten, direkt aus dem inneren Kreis der "Spiegel"-Rebellen, der "Deutschland I."-
Redaktion des damaligen "Spiegel". Es waren der Ressortchef von Deutschland I., Hilmar von
Hoffmann, und sein Stellvertreter Hermann L. Gremliza.

Auch da lautete der Vorwurf der eingeschleusten Rebellen, das Magazin sei unpolitisch ge-
worden, mache keine linke Politik und der Chefredakteur müsse gehen. "Macht Schluß mit
dem konkreten Mief / und schafft ein APO-Kollektiv" war der Schlachtruf. 1974 war das. Mit
unsäglichen Intrigen und einer Million D-Mark aus der Kasse eines kommunistischen Millio-
närs gelang es, die Zeitung und sogar den Titel zu erobern, den Gründer und Chefredakteur
abzusetzen. Von der auflagestarken Publikumszeitschrift blieb nur ein schaler, linker Rest.

Diese Ereignisse übten einen starken Druck auf Augstein aus. Er aber konnte eine ähnliche
Entmachtung aufgrund sehr viel besserer wirtschaftlicher Ausstattung und besserer Freunde
und Berater verhindern, machte aber ein Zugeständnis, das die juristische Grundlage zu dem
heutigen Putsch der "Gesellschafter" legen sollte: die Gründung der "Mitarbeiter KG" und
ihren Anteil von fast 50 Prozent. Die Aktion "Enteignet den Spiegel" wurde schließlich von
Rudolf Augstein selber in die Wege geleitet.<<

09.02.2008

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 9. Februar 2008
(x887/...): >>>Nun sind die Engländer dran

Neues Buch von Volker Koop über die britische Besatzungspolitik in Deutschland nach dem
letzten Weltkrieg

Mit seinem neuen Buch über die Besatzungspolitik Großbritanniens von 1945 bis 1955
schließt der Journalist Volker Koop seine Reihe mit dem Obertitel "Besetzt" über die Ge-
schichte der Besatzungszeit der Westmächte ab, nachdem er sich in den vergangenen Jahren
mit der französischen und der US-amerikanischen Zone beschäftigt hatte. Wer sich über die
Jahreszahl 1955 wundert, gibt es doch schon seit 1949 bereits eine Bundesrepublik Deutsch-
land, der möge sich daran erinnern, daß diese Bundesrepublik noch nicht souverän war. Das
Besatzungsstatut, mit dem sich die Besatzer Sonderbefugnisse bezüglich Außenpolitik, Auf-
sicht über die Ruhr, der von den Deutschen zu zahlenden Reparationen sowie der naturwis-
senschaftlichen Forschung vorbehalten hatten, endete erst 1955.

Mit seinem neuen Buch schließt Koop eine Lücke, gab es doch bislang noch keinen sich an

den allgemein Interessierten wendenden Überblick über dieses wichtige Kapitel der deutschen Geschichte.

Auch die britische Besatzungspolitik macht deutlich, daß die Sieger des Zweiten Weltkrieges kein Konzept hatten, was sie mit dem besiegten Deutschland anfangen wollten. Es ging ihnen allein darum, Deutschland zu zerschlagen. Die Briten begründeten das mit der Behauptung, die "Junkerkaste" sei der Hort des "Militarismus" und Preußen der Herd aller Kriege gewesen, und was der unsinnigen Behauptungen mehr waren.

Angenehm berührt, daß Koop in keinem seiner Bücher behauptet, die Siegermächte hätten Deutschland "befreit". Er schreibt sachlich richtig von deutschen "Niederlagen" und vom stark ausgeprägten Rachebedürfnis der Siegermächte. So war denn auch zunächst die britische Besatzungspolitik von Haß bestimmt. In einer persönlichen Botschaft des britischen Oberbefehlshabers Montgomery wurde den Deutschen verkündet, sie seien ein schuldiges Volk, das jetzt umerzogen werde. Es war den Besatzungssoldaten ebenso verboten, einem Deutschen die Hand zu geben wie mit ihnen zu sprechen.

Juristisch vertrat Großbritannien die Ansicht, durch die Kapitulation der deutschen Wehrmacht sei keineswegs das Deutsche Reich untergegangen. Es existiere vielmehr fort. Zur Zeit sei die Regierungsgewalt lediglich auf die Besatzungsmächte übergegangen.

Sogleich ging man daran, im Sinne der Umerziehung zunächst aus den Behörden, Schulen und sonstigen öffentlichen Einrichtungen, später auch aus der Wirtschaft alle Personen zu entfernen, die nach Ansicht der Besatzungsmacht politisch belastet waren. Sie wurden ersetzt durch Personen, deren Qualifikation darin bestand, daß sie wirklich oder angeblich Gegner des Nationalsozialismus gewesen waren. Das führte dazu, daß - wie auch in der US-Zone - bald größte Schwierigkeiten auftraten, woraufhin die strikte Entnazifizierungspolitik gelockert werden mußte.

Die Zeitungen waren zunächst ausschließlich in den Händen der Besatzungsmacht, und auch als 1947 die Militärregierung deutschen Antifaschisten Lizenzen für Zeitungen erteilte, durften zunächst nur Meldungen veröffentlicht werden, die den Besatzern paßten. Volker Koop meint, daß Axel Springer dabei Hauptgewinner war, weil er "Die Welt" als Organ der Militärregierung verlegen durfte. In den Kinos wurden lediglich britische Filme, zum Teil mit deutschen Untertiteln, gezeigt sowie speziell für die Besiegten hergestellte Wochenschauen. Kirchen, Parteien, darunter zunächst auch die Kommunisten, und Gewerkschaften erhielten den Auftrag, die Deutschen im Sinne der Besatzungsmacht umzuerziehen.

Die Deutschen mußten Fragebögen mit 133 Fragen ausfüllen, darunter auch jene, was der Betreffende 1932 gewählt habe. Danach wurden sie in fünf Kategorien eingeteilt von "entlastet" bis "hauptschuldig" und gegebenenfalls vor dubiose Entnazifizierungsgerichte gestellt. Die Briten hatten genauso wie die Amerikaner, Franzosen und Sowjets Internierungslager eingerichtet, in die etwa 60.000 Personen eingeliefert wurden, welche die Besatzungsmächte automatisch arretierten und teils jahrelang festhielten, meist ohne Anklage und ohne Urteil.

Die Städte in der britischen Zone waren meist zerstört. Und in diese Zone waren Millionen von Flüchtlingen und Vertriebenen geströmt, die ebenso wenig eine Unterkunft hatten wie die Ausgebombten. Sie vegetierten in Not- und Massenunterkünften. Nachdem die Besatzungsmacht auch die noch intakten Strukturen lahmgelegt hatte, brachen bald bedrohliche Zustände aus. 1946 fehlten 600.000 Tonnen Brotgetreide. Es gab keine Kartoffeln geschweige denn Fleisch. Die tägliche Fettration belief sich auf sieben Gramm. Nach den ausgegebenen Lebensmittelkarten betrug die Tagesration theoretisch 1.000 bis 1.200 Kalorien. Die Lage verschlimmerte sich gegen Jahresende.

In einigen deutschen Zeitungen wurden die Rationen mit denen in den ehemaligen KZ verglichen, woraufhin die Briten die Zeitungen verboten. Im November appellierte der nordrhein-westfälische Landtag an die Welt, wenn keine Hilfe käme, würde "ein Millionenvolk zugrun-

de gehen". Dem einzelnen standen nur noch 900 Kalorien täglich zur Verfügung, und das bedeutete den Hungertod. Bergarbeiter, Beamte und Werftarbeiter streikten. Es gab keinen Brennstoff - die im Ruhrgebiet geförderte Kohle wurde größtenteils als Reparation ins Ausland gebracht.

Die deutschen Wälder wurden systematisch abgeholzt, weil das Holz gebraucht wurde für den britischen Bergbau. Tuberkulose begann zu grassieren. Wer sich nicht über Gesetze hinwegsetzte und auf eigene Faust versorgte, etwa auf dem schwarzen Markt, durch das Hamstern bei Bauern, den Tausch von Wertsachen gegen Kartoffeln, Milch oder gar Fett, sowie wohl auch durch Klauen von Brennstoffen und so weiter, dessen Leben war in höchster Gefahr.

Die Sieger hatten nichts Wichtigeres zu tun, als auf englische Initiative im Februar 1947 Preußen als "Träger des Militarismus und der Reaktion" aufzulösen. 700.000 deutsche Patente wurden von britischen Spezialeinheiten gestohlen und an britische Firmen weitergegeben. In Schlössern und Herrenhäusern stahl die Besatzungsmacht Kunstwerke und Schmuck, wobei man auch keine Rücksicht darauf nahm, daß manche Besitzer mit dem britischen Königshaus verwandt waren.

Inzwischen begriffen auch die Sieger, daß die unheilige Allianz zwischen Bolschewismus und Kapitalismus keinen Bestand haben konnte. Es waren die Amerikaner, die ihren beiden westlichen Verbündeten klarmachten, daß man ohne die Deutschen gegen die Sowjetmacht kaum bestehen könne. Amerikaner und Engländer bildeten aus ihren beiden Zonen die Bi-Zone, um die deutsche Wirtschaftskraft zu fördern.

Trotzdem bombardierten die Engländer weiter Helgoland, von dem sie behaupteten, die Insel sei "eine Bedrohung Großbritanniens". Dann wollten sie Helgoland mit einer Riesensprengung total vernichten, was mißlang. Erst als im Dezember 1950 deutsche Studenten die Insel besetzten, um gegen den Wahnsinn zu protestieren, hörte die Bombardierung auf. 1952 wurde Helgoland an Deutschland zurück gegeben.

Alles in allem ein hoch interessantes Buch! Man erkennt, wie wenig weise die Politiker auch Großbritanniens waren.

Volker Koop: "Besetzt - Britische Besatzungspolitik in Deutschland", ... Berlin 2007 ...<<

03.05.2008

BRD: Der deutsche Journalist und Publizist Hans-Jürgen Mahlitz schreibt am 3. Mai 2008 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>Ende eines Antifa-Märchens

Schon lange vor der Machtergreifung Hitlers plante Stalin den Krieg gegen Deutschland

Deutsch-sowjetische Demarkationslinie, 22. Juni 1941: Im Morgengrauen tritt die Wehrmacht zum Angriff auf die Rote Armee an, stößt auf wenig Widerstand, scheint erneut einem Blitzkrieg-Sieg entgegenzueilen. Soweit die historisch gesicherten, unbestreitbaren Fakten. Aber war dies ein Überfall oder ein Präventivschlag? Und waren die Sowjets wirklich die Opfer der Aggression oder sind sie lediglich zu früh und "auf dem falschen Fuß" erwischt worden?

Hier gehen die Meinungen noch heute weit auseinander, und oft genug sind sie immer noch stärker von ideologischen Positionen als von Fakten bestimmt. Nur wenige Autoren schafften es in den letzten zwei, drei Jahrzehnten, der Maxime Leopold von Ranke ("zeigen, wie es eigentlich gewesen ist") treu zu bleiben.

Einen erneuten Anlauf, das Geschichtsbild von "politisch korrekten" Vorgaben zu befreien, unternimmt in diesen Tagen der deutsch-polnische Historiker Bogdan Musial. In seinem neuen Buch "Kampfplatz Deutschland" zeichnet er "Stalins Kriegspläne gegen den Westen" (so der Untertitel) akribisch nach und verweist alle gängigen Thesen vom antifaschistischen Befreiungskampf der friedliebenden Sowjetunion endgültig ins Reich der Märchen. Diese Pläne - und auch der Beginn ihrer konkreten Umsetzung - datieren nämlich aus der Mitte der 20er Jahre, einer Zeit also, da der fälschlich als Faschismus bezeichnete National-Sozialismus Hit-

lers machtpolitisch noch keine Rolle spielte.

Schon zu Lenins Zeiten war Deutschland aus Moskauer Sicht der Schlüssel zur Weltrevolution. Der russische Oktober-Revolutioner war anfangs allerdings davon überzeugt, die "werkstätigen Massen" im Nachkriegsdeutschland würden alsbald das zarte Pflänzlein der jungen Demokratie zertrampeln, eine Räterepublik nach bolschewistischem Muster errichten und so den entscheidenden Grundstein zur kommunistischen Weltherrschaft legen.

Erst als die ersehnte, von Deutschland ausgehende Weltrevolution allzu lange auf sich warten ließ, schwenkten Lenin und sein Nachfolger Stalin um. Ab 1924/25 galt die Devise, das selbsternannte "Vaterland aller Werktätigen" müsse notfalls im Alleingang und mit Waffengewalt den immer noch "kapitalistischen" Rest der Menschheit sozialistisch beglücken. Und schon 1927 ließ der neue "Rote Zar" sich von seinem Politbüro gigantische Aufrüstungsprojekte absegnen. Die Realisierung, also der Ausbau der Roten Armee zur mächtigsten Angriffstreitmacht aller Zeiten, scheiterte jedoch zunächst am desolaten Zustand der sowjetischen Industrie und am finanziellen Mangel.

Die Ende 1929 ausbrechende Weltwirtschaftskrise der westlichen Industrienationen ermunterte Stalin, trotz aller Rückschläge ein neues, noch gewaltigeres Rüstungsprogramm aufzulegen. Er sah sich durch den legendären "Schwarzen Freitag" in seiner Erwartung bestärkt, eine militärisch erstarkte Sowjetunion brauche nur noch in Ruhe abzuwarten, bis der kapitalistische Westen hinreichend geschwächt sei, um dann von der Roten Armee endgültig hinweggefegt zu werden.

Aber auch dieses Kalkül ging nicht auf. Die Weltkriegs-Siegermächte und schließlich auch das im Diktat von Versailles so tief gedemütigte und ausgebeutete Deutschland erholten sich von der Krise. So mußte Stalin sein Weltrevolutions-Konzept 1933, nach der Machtergreifung Hitlers und dessen unbestreitbaren innen-, wirtschafts- und sozialpolitischen Erfolgen, wieder einmal total umstellen. Nun spekulierte er darauf, daß die kapitalistischen Länder sich in selbstzerfleischende "Bruderkriege" hetzen ließen.

Darauf war die Moskauer Außenpolitik total ausgerichtet, und begleitet wurde sie von massiver militärischer Aufrüstung. Im August 1939 wählte der Moskauer Machthaber sich dem Ziel entscheidend näher gerückt; als er mit Hitler paktierte, war der Wortbruch schon programmiert, allerdings noch ohne festes Datum. Und daß der andere Diktator dies genauso sah, macht Stalins Strategie nicht weniger verlogen.

Beide Diktatoren bereiteten also den Angriff auf den Vertragspartner vor. Und nicht nur darin waren sie sich gleich. So verfügten auch beide über durchaus fähige Geheimdienste, handelten aber beide nach der Devise, daß "nicht sein kann, was nicht sein darf".

In Berlin war man im Frühsommer 1941 fest überzeugt von einem "Siegeszug ohnegleichen", wie Hitler laut Goebbels-Tagebuch noch sechs Tage vor dem Angriff tönte; die Rote Armee sei so schwach, daß sie "innerhalb weniger Wochen zerschlagen" werde.

Auf der anderen Seite schlug Stalin alle Warnungen - bis hin zum exakten Angriffsdatum - in den Wind und ließ sich in seinen Planungen nicht stören. Er wollte in Ruhe den Aufmarsch einer Streitmacht von über fünfzehn Millionen Soldaten, ausgerüstet mit über 25.000 Panzern und fast 20.000 Flugzeugen, abschließen und zugleich abwarten, bis die deutsche Wehrmacht durch den Krieg im Westen noch weiter geschwächt wäre. Da soll man sich von Fakten nicht irritieren lassen.

Stalin mußte sich seine Fehleinschätzung am 22. Juni 1941 eingestehen; bei Hitler dauerte es noch einige Wochen, bis er erkannte, "wie ungeheuerlich dieser Staat gerüstet war". Erst zu diesem Zeitpunkt, also mit schwindender Siegeszuversicht, setzte sich in Berlin die Präventivschlag-These durch. Zuvor hatte man von einem sowjetischen Angriff, dem es zuvorzukommen gelte, nichts wissen wollen.

Bei der Darstellung der von Anfang an aggressiven Politik Stalins gegenüber Deutschland und

dem Westen kann man Bogdan Musial weitgehend folgen. Er bietet eine Fülle überzeugender Belege, nicht zuletzt begünstigt durch die gründliche Auswertung russischer Archive.

Weniger nachvollziehbar ist seine Argumentation, wenn es um die Rolle Polens geht: Warschau als das völlig unschuldig zwischen die bösen Deutschen und die genauso bösen Sowjets geratenes Opfer - das ist wohl doch etwas zu einseitig.

Nicht ganz fair ist es auch, daß er Autoren wie Werner Maser, Joachim Hoffmann, Ernst Topitsch, Heinz Magenheimer oder Gerd Schultze-Rhonhof, die schon früher - oft auf deutlich schwächerer Basis an Akten- und Archivmaterial - zu ähnlichen Schlüssen gekommen waren, nicht erwähnt.

Anerkennung verdient jedoch Musials Mut, mit der Entlarvung Stalins als einem Hitler durchaus ebenbürtigem Aggressor seine eigene frühere Meinung zu revidieren.

Bogdan Musial

Der 1960 in Polen geborene Prof. Dr. Bogdan Musial lebt seit 1985 in Deutschland; 1992 wurde er eingebürgert. Von 1999 bis 2004 arbeitete der promovierte Geschichtswissenschaftler am Deutschen Historischen Institut in Warschau.

Vor zehn Jahren wurde erstmals eine breitere Öffentlichkeit auf ihn aufmerksam, als er gravierende Fehler und Fälschungen in der sogenannten Wehrmachtsausstellung des Hamburger Tabak-Millionärs Jan Philipp Reemtsma offenlegte. Die Ausstellung stellte die Wehrmacht als kriminelle Organisation dar und diskriminierte die deutschen Soldaten des Zweiten Weltkriegs pauschal als Verbrecher; nicht zuletzt dank der Hinweise Musials mußte sie 1999 geschlossen werden.

Mit seinem Buch "Kampfplatz Deutschland. Stalins Kriegspläne gegen den Westen" ... hat der deutsch-polnische Historiker sich erneut den Unmut der Verfechter linker "political correctness" zugezogen.

Werner Maser

Der 1922 in Ostpreußen geborene Historiker Prof. Dr. Werner Maser vertrat schon 1994 in seinem Buch "Der Wortbruch" die These, im Sommer 1941 sei nicht nur Hitler, sondern auch Stalin zum Angriff entschlossen gewesen. Maser damals im Gespräch mit dem Autor: "Von zwei aggressiven Diktatoren war Hitler lediglich der etwas schnellere."

Neben der Darstellung des Weges, der in den Zweiten Weltkrieg führte, war ein weiterer Schwerpunkt seines wissenschaftlichen Schaffens die Auseinandersetzung mit dem Führungspersonal des Dritten Reiches. Seine 1971 veröffentlichte Hitler-Biographie steht auf einer Ebene mit Joachim Fests Standardwerk zu diesem Thema.

Maser holte Hitler vom Podest der Mythen herunter, zeigte ihn als reale Gestalt und machte ihn und das von ihm angeführte System als politisches Phänomen erklärbar. Nach dem Ende des Sowjetsystems fanden die Werke des vor einem Jahr verstorbenen Historikers zunehmend auch in den Ländern des ehemaligen Ostblocks Anerkennung.

Ernst Topitsch

Der 1919 in Wien geborene Philosoph, Soziologe und Historiker Prof. Dr. Ernst Topitsch hat schon 1985 mit seinem Buch "Stalins Krieg - Moskaus Griff nach der Weltherrschaft" der These von der alleinigen Kriegsschuld Deutschlands widersprochen und auf die aggressive Langzeitstrategie Stalins verwiesen.

Damals mußte der österreichische Gelehrte sich noch in erheblichem Maße auf Indizien und Mutmaßungen stützen, da osteuropäische Quellen gar nicht oder nur selektiv im Sinne der kommunistischen Machthaber zur Verfügung standen und im Westen schon seine Fragestellung als "revisionistisch" verpönt war. Um so eindrucksvoller - und auch erfreulicher - ist es, wie stark das heute zugängliche Archivmaterial seine damaligen mutigen Thesen untermauert. 2003 ist Ernst Topitsch im Alter von 84 Jahren verstorben.<<

12.06.2008

Irland: Bei dem Referendum vom 12. Juni 2008 stimmen 53,4 % der irischen Wähler gegen den Vertrag von Lissabon.

18.06.2008

Belgien: Ungeachtet der irischen Ablehnung des Lissabon-Vertrages beschließt der Europäische Rat am 18./19. Juni 2008, den Ratifizierungsprozeß fortzusetzen.

21.06.2008

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 21. Juni 2008 (x887/...): >>> **Überwindung des Unrechts**

Alfred M. de Zayas legt "50 Thesen zur Vertreibung" vor

Der Verfasser von "50 Thesen zur Vertreibung", Alfred M. de Zayas, ist amerikanischer Völkerrechtler (Harvard) und Historiker und seit zwei Jahrzehnten Mitglied des Kuratoriums "Internationales Forum für Menschenrechte e.V.". Er war hoher Uno-Beamter und Chef der Petitionsabteilung im Büro des Uno-Hochkommissars für Menschenrechte in Genf, bis er 2003 in den Ruhestand trat, um dann als Völkerrechtsprofessor am Institut Universitaire de Hautes Etudes Internationales in Genf, an der Universität British Columbia (Vancouver), und an der Geneva School of Diplomacy weiterhin zu lehren.

De Zayas zweites Buch, die "Anmerkungen zur Vertreibung", enthielt bereits 22 "Thesen zur Vertreibung", die den Kern der hier besprochenen 50 Thesen bilden. Es handelt sich um 17 historische und 18 völkerrechtliche Thesen, die notwendigerweise gewisse Schlußfolgerungen nach sich ziehen.

Diesen Schlußfolgerungen kann man zustimmen, zum Beispiel der These 50: "Es gilt, Vertreibungen überzeugend zu ächten und damit künftige 'ethnische Säuberungen' zu verhindern. Eine gründlichere Auseinandersetzung mit allen Aspekten der Vertreibung der Deutschen in ihrem gesamteuropäischen und menschenrechtlichen Kontext und sinnvolle, für alle Seiten tragbare Anstrengungen zur Überwindung der Unrechtsfolgen würden eine solche Prävention fördern. Die 'Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen' und das geplante 'Sichtbare Zeichen' in Berlin können dazu einen wichtigen Beitrag leisten, wenn sie sich strikt an der historischen Wahrheit und am Völkerrecht orientieren."

Kaum ein Wissenschaftler hat sich so lange und so interdisziplinär mit der Vertreibung beschäftigt. Da er Mitglied des Beirats der Stiftung "Zentrum gegen Vertreibungen" ist, dürfen wir hoffen, daß er in die neue Forschungs- und Dokumentationsstelle in Berlin - das sogenannte "Sichtbare Zeichen" im Deutschlandhaus - berufen wird.

Nun ist de Zayas vor allem Menschenrechtler und betrachtet die Vertreibung der Deutschen nicht nur historisch, in ihren umfassenden Zusammenhängen (Verträge von Versailles, St. Germain, Trianon, Ribbentrop-Molotow-Pakt, Generalplan Ost), sondern vor allem in ihrer menschenrechtlichen Dimension.

Dabei beruft er sich auf die Worte des ersten Uno-Hochkommissars für Menschenrechte, Dr. José Ayala Lasso (Ecuador), der 1995 in der Paulskirche zu Frankfurt/Main und 2005 in Berlin die deutschen Vertriebenen eindeutig als Opfer anerkannte und ermutigte. Allerdings bemerkt de Zayas die Anomalie, daß die deutschen Medien diese bedeutenden Worte Ayala Lassos weitgehend ignorierten, genauso wie die Medien die Worte der Anerkennung und der Caritas von Papst Johannes Paulus II. und von Benedikt XVI. zu den Vertriebenen schlichtweg außer acht lassen.

Die Thesen setzen sich vehement gegen die Bagatellisierung der Vertreibung, gegen Aufrechnungen, gegen Kollektivschuld, gegen die Täter-Opfer-Schablone ein. Sie lehnen die pietätlose Haltung einiger deutscher Historiker ab, die die Vertreibung durch die Verbrechen der Nazis erklären und sogar rechtfertigen wollen. Die Thesen sind aber kein "Plädoyer" für die Vertriebenen. Sie sind ein "Plädoyer" für die Allgemeingültigkeit der Menschenrechte und für die

Notwendigkeit, aller Opfer mit Ehrfurcht zu gedenken.

Als Historiker zeigt de Zayas, daß die deutsche Ostsiedlung weitestgehend friedlich vor sich ging, daß die meisten deutschen Bauern und Kaufleute in Ostpreußen, Pommern, Schlesien, Böhmen, Mähren usw. bereits im 12. und 13. Jahrhundert dorthin siedelten, meistens auf Einladung und nicht als Eroberer. Eigentlich läßt sich die populärwissenschaftliche Idee eines deutschen Dranges nach Ostens weniger belegen als ein slawischer Drang nach Westen. Immerhin sei der Zweite Weltkrieg nur der Anlaß, nicht aber die Ursache der Vertreibung gewesen.

De Zayas gehört nicht zu den Zeitgeist-Historikern, die sich dem politischen Wind anpassen. Er hat in den einschlägigen deutschen, amerikanischen, britischen, französischen, schweizerischen Archiven gründlich geforscht.

Er sprach mit mehreren Teilnehmern an der Potsdamer Konferenz, interviewte den politischen Berater von Eisenhower, Robert Murphy, der das Vorwort zu "Nemesis at Potsdam" schrieb. Er sprach mit dem Chef der Deutschlandabteilung im US State Department, James Riddelberger, mit George F. Kennan, mit dem Verfasser des Artikels XIII. des Potsdamer Communiqués (nicht Abkommen!), Sir Geoffrey Harrison, mit dem Verfasser des Artikels IX (über die Oder-Neiße Linie), Sir Dennis Allen, mit etlichen anderen Wissensträgern und vor allem mit den Opfern - den Vertriebenen.

Er hat neue Dokumente und Erkenntnisse zu Tage gefördert, die in den Thesen einen klaren, konkreten und konzentrierten Ausdruck finden.

Didaktisch sind die Thesen für den Geschichts- und Politikunterricht an Gymnasien hervorragend geeignet. Hoffen wir, daß die Bundeszentrale für politische Bildung und die Landeszentralen es auch so sehen.

Alfred de Zayas: "50 Thesen zur Vertreibung", ... London und München 2008 ...<<

27.06.2008

BRD: Die "Badische Zeitung" berichtet am 27. Juni 2008: >>Seit an Seit gegen die EU-Reform

Nach CSU-Mann Gauweiler klagt jetzt auch die Linke in Karlsruhe gegen den Lissabon-Vertrag

Beim Verfassungsgericht laufen immer mehr Klagen gegen den Vertrag von Lissabon ein. Bekanntester Beschwerdeführer war bisher CSU-Querkopf Peter Gauweiler. Am Donnerstag zog nun auch die Linke im Bundestag nach und stellte in Berlin ihre Verfassungsklage vor.

"Ich bin wirklich Anhänger der europäischen Integration", sagte Fraktionschef Gregor Gysi. Deshalb wolle er, "daß die große Mehrheit Ja zu Europa sagt". Zunächst aber geht die Fraktion gegen den Lissabon-Vertrag vor, mit dem sich die EU neue effizientere Strukturen geben will. Gerügt wird vor allem die angeblich mangelnde Demokratie in Europa. Der Einfluß der Regierungen sei immer noch zu groß, die Mitwirkungsmöglichkeiten des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente sei zu schwach. Mit dem Lissabon-Vertrag hat dieses alte Lamento wenig zu tun – im Gegenteil, bei der Reform bekämen sowohl das Europäische Parlament als auch der Bundestag mehr Befugnisse.

Gerügt wurde von Gysi und Kollegen auch, daß über europäische Militärmissionen die Regierungen im EU-Ministerrat entscheiden sollen. Damit werde das in Deutschland geltende Prinzip der "Parlamentsarmee" ausgehebelt. Doch auch damit dürften die Linken in Karlsruhe nicht durchkommen. Schließlich kann die Regierung ihre Zustimmung von einem Ja im Bundestag abhängig machen.

Beim Konservativen Gauweiler steht dagegen die deutsche Souveränität im Mittelpunkt der Klage. Er findet, daß durch die Zustimmung zum Reformvertrag "die souveräne Staatlichkeit" Deutschlands aufgegeben werden. Damit wird er wohl in Karlsruhe nicht durchdringen. Denn der Lissabon-Vertrag überträgt kaum neue Befugnisse auf die EU und verändert bei der EU-

Rechtsetzung vor allem die Verfahren. Unterstützt wird Gauweiler übrigens vom Freiburger Rechtsprofessor Dietrich Murswiek. Bundespräsident Horst Köhler hat den Lissabon-Vertrag bisher nicht unterzeichnet. Vermutlich wird er warten, bis Karlsruhe entschieden hat. Solange ist Deutschland völkerrechtlich nicht gebunden.

Die Verfassungsrichter haben in den vergangenen Wochen mächtig Dampf gemacht. Schon Ende Juli sollen Bundesregierung und Bundestag ihre Stellungnahmen zu den Klagen abgeben. Man könnte meinen, die Richter wollen den Europapolitikern unbedingt noch Vorgaben für die nächsten Verhandlungen mit auf den Weg geben. Denn im Herbst wird auf einem EU-Gipfel entschieden, wie es nach der Niederlage bei der irischen Volksabstimmung mit dem Vertrag von Lissabon weitergeht.

Das Verfahren in Karlsruhe betreut der als EU-Skeptiker bekannte Verfassungsrichter Udo di Fabio. Denkbar ist aber auch, daß das Verfassungsgericht nur möglichst schnell die inzwischen neun eingereichten Klagen erledigen und ablehnen will – damit Köhler den Vertrag rasch ratifizieren und Deutschland dem EU-Projekt neuen Schwung geben kann.<<

05.07.2008

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 5. Juli 2008 (x887/...): >>>Zehn Gebote der sozialistischen Moral

Vor 50 Jahren erstellte die SED auf ihrem V. Parteitag ein atheistisches Pendant zu Moses Forderungskatalog

Mit sächselnder Fistelstimme verkündete SED-Generalsekretär Walter Ulbricht auf dem V. Parteitag vom 10. bis 16. Juli 1958 die "Zehn Gebote der sozialistischen Moral" und erhielt dafür stürmischen, lang anhaltenden Beifall der Delegierten. Dem Generalsekretär schwebte eine sozialistisch-atheistische Kultur als Ersatz der bürgerlich geprägten, weithin schon säkularisierten christlich-abendländischen Kultur vor Augen. Eines der Kernstücke dieser neuen Kultur sollte eine dem marxistisch-leninistischen Menschen- und Weltbild verpflichtete Moral sein.

Nach marxistisch-leninistischer Auffassung ist Moral Ausdruck von Klasseninteressen. Demzufolge hatten die traditionellen sittlichen Auffassungen der deutschen Gesellschaft die Funktion, die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaftsordnung zu ermöglichen und zu erhalten.

Der Klassenkämpfer Lenin hatte daraus die Folgerung gezogen: "Alles, was notwendig ist, um die alte Gesellschaftsordnung der Ausbeutung zu vernichten und die Vereinigung des Proletariats herbeizuführen, ist moralisch."

Ulbricht und die SED hatten dementsprechend eine auf den Klassenkampf bezogene Auffassung von Sittlichkeit: "Nur der handelt sittlich, der sich aktiv für den Sieg des Sozialismus einsetzt."

Karikaturisten des 19. Jahrhunderts stellten gelegentlich Karl Marx als einen neuen Moses (mit den Gesetzestafeln des Klassenkampfes) dar. In der Rolle eines neuen Moses sah sich wohl auch Walter Ulbricht, als er, deutlich auf die Zehn Gebote anspielend, die neue Moral in zehn Punkten darlegte.

Zwar jubelten ihm die eingefleischten kommunistischen Delegierten zu. Aber wer draußen im Lande die Rundfunkübertragung hörte und nicht zu den 100prozentig überzeugten Genossen gehörte, konnte nur schwerlich von der Jubelstimmung erfaßt werden. Zum einen war da die negative Ausstrahlung Ulbrichts, der wegen seines Auftretens, seines Aussehens und seiner Stimme immer etwas von einer politischen Witzfigur an sich hatte, zu der die erhabenen klingenden neuen Gebote nicht so recht passen wollten. Zum anderen war da die Diskrepanz zwischen den moralischen Postulaten und der oft erbärmlichen Wirklichkeit von Lebensführung und Politik der politischen Kaste der DDR.

Ulbrichts Zehn Gebote waren entsprechend der SED-Ideologie stark politisiert. Der echte Sozialist (Kommunist) soll aus proletarischer Vaterlandsliebe und gemäß der internationalen

Solidarität (zu den sozialistischen Ländern und den nationalen, kommunistisch inspirierten Befreiungsbewegungen) handeln (Gebot 1, 2, 10). Er soll uneigennützig, diszipliniert, leistungsorientiert gute Taten für den Aufbau des Sozialismus erbringen (Gebot 2, 4, 5), wobei insbesondere das Volkseigentum zu schützen und zu mehren ist.

War früher die Zerstörung der bürgerlichen Familie ein Kampfziel der Kommunisten, so ist die Familie im Aufbau des Sozialismus ein schützenswertes Gut: "Du sollst deine Kinder im Geiste des Friedens und des Sozialismus zu allseitig gebildeten, charakterfesten und körperlich gestählten Menschen erziehen." (Gebot 8). Und: "Du sollst sauber und anständig leben und deine Familie achten."

Diese "Normen der sozialistischen Moral und Ethik" spiegeln, so deutete die SED-Exegese es aus, die "neuen Beziehungen zwischen den Menschen sowohl in der Produktion als auch im gesamten gesellschaftlichen Leben". Die neuen Zehn Gebote seien dem, was die christlichen Kirchen verkündeten, klar überlegen. Die kirchlichen Zehn Gebote seien dazu geschaffen, Sklavenhalter und Feudalherren, Kapitalisten und Imperialisten zu unterstützen, und hätten zu erbarmungsloser Ausbeutung, Unterjochung, Ausplünderung geführt. Die Gebote der sozialistischen Moral aber würden die Menschen glücklich und frei machen.

Mit dieser Polemik verstieß die SED gegen die eigenen Grundsätze für die Kirchenpolitik, die das Politbüro im März 1954 formuliert hatte. Danach sollten die dem Christentum noch nicht entfremdeten Bürger nicht in ihren religiösen Gefühlen verletzt werden. Die entscheidende Passage lautete damals:

"Unter den Anhängern aller Religionsgemeinschaften muß eine feste Massenbasis für den Kampf um die Erhaltung und Sicherung des Friedens, gegen die amerikanische und Bonner Kriegspolitik, für die demokratische Wiedervereinigung Deutschlands, für die aktive Teilnahme an der friedlichen Aufbauarbeit in der Deutschen Demokratischen Republik und für die Stärkung der Freundschaft mit allen friedliebenden Völkern, vor allem den Völkern der Sowjetunion, geschaffen werden. Dieser Kampf entspricht den Interessen der christlichen Menschen. Er muß so geführt werden, daß er in keiner Weise die religiösen Gefühle und Empfindungen dieser Menschen verletzt."

Aus solchen taktischen Überlegungen hatte man in der DDR darauf verzichtet, die primitiv-aggressiven Formen kommunistischer Gottlosenpropaganda aus der Zeit der Weimarer Republik wieder aufleben zu lassen - Propaganda etwa folgender Machart:

"Beten, Singen, Weihrauchdünste, / Frommer Zauber, heil'ge Lehren! / Alles eitel Priesterkünste, / Die Proleten zu betören! / Raus, Prolet, heraus / Aus dem Gotteshaus! / Schmeißt die Pfaffen raus! / Raus, Prolet, heraus! ..."

Aber die religiösen Gefühle von Christen wurden verletzt, wenn im Jahr der Verkündigung der neuen Moral (die keinerlei Rückbindung an Gott kannte) die SED-Broschüren in Massenaufgabe verbreiten ließ wie etwa "Der Sputnik und der liebe Gott". Darin wurde dargelegt, bei den Flügen in den Weltraum seien keinerlei Anzeichen für die Existenz des lieben Gottes gefunden worden. Alle Bildungsinstitutionen und die SED-gesteuerten Massenmedien atmeten diesen Geist des Atheismus. Christen mußten sich da wie Deppen und Hinterwäldler vornehmen.

Anhänger der neuen Moral konnten nun bei Schandtaten des SED-Regimes ein gutes Gewissen haben, dienten sie doch dem Aufbau des Sozialismus. Christen hingegen sahen sich beispielsweise bei der Haßpropaganda gegen den Westen im Konflikt mit dem christlichen Gebot der Nächstenliebe.

Letztlich erreichte die SED nicht ihr Ziel, die DDR-Bevölkerung mit Hilfe der neuen Zehn Gebote zu einem Verhalten zu erziehen, das sich völlig am Kollektiv orientierte. Die Niedergangphase und der Untergang des DDR-Systems machten dies überdeutlich.

Die zehn Gebote

- (1) Du sollst dich stets für die internationale Solidarität der Arbeiterklasse und aller Werktätigen sowie für die unverbrüchliche Verbundenheit aller sozialistischen Länder einsetzen.
- (2) Du sollst dein Vaterland lieben und stets bereit sein, deine ganze Kraft und Fähigkeit für die Verteidigung der Arbeiter-und-Bauern-Macht einzusetzen.
- (3) Du sollst helfen, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu beseitigen.
- (4) Du sollst gute Taten für den Sozialismus vollbringen, denn der Sozialismus führt zu einem besseren Leben für alle Werktätigen.
- (5) Du sollst beim Aufbau des Sozialismus im Geiste der gegenseitigen Hilfe und der kameradschaftlichen Zusammenarbeit handeln, das Kollektiv achten und seine Kritik beherzigen.
- (6) Du sollst das Volkseigentum schützen und mehren.
- (7) Du sollst stets nach Verbesserung deiner Leistungen streben, sparsam sein und die sozialistische Arbeitsdisziplin festigen.
- (8) Du sollst deine Kinder im Geiste des Friedens und Sozialismus zu allseitig gebildeten, charakterfesten und körperlich gestählten Menschen erziehen.
- (9) Du sollst sauber und anständig leben und deine Familie achten.
- (10) Du sollst Solidarität mit den um ihre nationale Befreiung kämpfenden und den ihre nationale Unabhängigkeit verteidigenden Völkern üben.<<

09.08.2008

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 9. August 2008 (x887/...): >>"50 Thesen zur Vertreibung"

Interview der Preußischen Allgemeinen Zeitung mit Prof. Dr. Alfred de Zayas über sein neues Buch

PAZ: Was bezwecken Sie mit diesen Thesen?

Alfred de Zayas: Erstens habe ich darin das Wesentliche aus meinen Büchern "Die Nemesis von Potsdam", "Die deutschen Vertriebenen" und "Heimatrecht ist Menschenrecht" kurz und prägnant zusammengefaßt. Damit sind die Thesen für den Geschichts- und Politikunterricht besonders geeignet. Zweitens möchte ich zur Diskussion über das geplante Dokumentations- und Forschungszentrum über Vertreibungen beitragen.

PAZ: Was halten Sie von diesem "sichtbaren Zeichen" in Berlin?

De Zayas: Ich bin dafür. Allerdings muß man darauf achten, daß diese Einrichtung unabhängig ist und bleibt, und daß sie wissenschaftlich und nicht politisch arbeitet. Außerdem finde ich diese Wort-Schöpfung "sichtbares Zeichen" sehr merkwürdig - falls das denn der endgültige Name sein sollte. Man sollte einen Namen wählen, der nüchtern die Aufgabe dieser Einrichtung beschreibt, etwa: Forschungs- und Dokumentationsstelle über Vertreibungen. Man muß die Dinge beim Namen nennen. Im Mittelpunkt muß der Mensch stehen - nicht Politik oder Ideologie.

PAZ: Geht das ohne Beteiligung der Betroffenen?

De Zayas: Natürlich nicht! Es liegt auf der Hand, daß die Opfer und ihre wichtigste Organisation, der Bund der Vertriebenen, dabei sein müssen. Es wäre doch undenkbar, etwa eine Gedenkstätte für die Opfer der ethnischen Säuberungen im ehemaligen Jugoslawien zu schaffen, ohne die Opfer intensiv mit einzubeziehen.

PAZ: Ihr neues Buch "50 Thesen zur Vertreibung" wurde in weniger als zehn Wochen ohne Werbung über 3.200mal verkauft. Wie erklären Sie sich diesen Erfolg?

De Zayas: Die Resonanz der Leser ist in der Tat überaus positiv, offenbar hat die Veröffentlichung eine Bedarfslücke getroffen. Es gibt kaum Bücher, die so klar und knapp über die Vertreibung informieren. Dazu kommen der aktuelle Anlaß der Debatte um das Zentrum in Berlin und nicht zuletzt ein sehr clever agierender, junger Verlag.

PAZ: Sie zitieren in den 50 Thesen recht ausführlich den ersten Uno-Hochkommissar für

Menschenrechte José Ayala Lasso. Warum?

De Zayas: Dr. Ayala Lasso aus Ecuador ist ein Mensch, der sich ohne jede Diskriminierung für alle Opfer von Menschenrechtsverletzungen einsetzt. Es war bedeutend, daß er die deutschen Vertriebenen als Opfer anerkannte und ihnen 1995 als amtierender Uno-Hochkommissar ein Grußwort schickte. Zehn Jahre später kam er persönlich nach Berlin und sprach vor 6.000 Vertriebenen auf dem Tag der Heimat anlässlich "60 Jahre Vertreibung". Er hat sich für das Recht auf die Heimat unterschiedslos aller Flüchtlinge und Vertriebenen eingesetzt - auch der deutschen.

PAZ: Die deutschen Medien haben über beide Vorgänge kaum berichtet.

De Zayas: In der Tat, und ich halte das für ein unverständliches Versagen. Es kann ja nicht unwichtig sein, wenn sich der amtierende Uno-Hochkommissar in dieser Weise für die Anliegen und auch für die Ehre von Millionen Deutschen einsetzt und exponiert. Es sagt einiges aus über die geistig-moralische Situation in Deutschland.

PAZ: Ihre Bücher sind auch schon kritisiert worden.

De Zayas: Natürlich, aber kein Kritiker hat bisher behauptet, daß meine Quellen nicht stimmten oder meine wissenschaftliche Methodik falsch wäre. Der Dissens liegt anderswo: Manche haben einfach ein Problem mit meiner Prämisse, daß das allgemeine Völkerrecht immer und für alle gilt - also auch zwischen 1945 und 1948 für die Deutschen - und mit den Schlußfolgerungen, zu denen diese Prämisse unvermeidlich führt. Mehrere der vielen exzellenten Rezensionen, die meine Bücher bekommen haben, sind erst in den letzten zwei oder drei Jahren geschrieben worden. In den 70er und 80er Jahren wurden meine Bücher noch im "Spiegel", in der "Süddeutschen Zeitung" und im WDR glänzend besprochen, ja geradezu gefeiert - wenn das heute anders ist, dann deswegen, weil diese Medien sich geändert haben, meine Position ist die gleiche geblieben.

PAZ: Was ist an Ihren Büchern besonders?

De Zayas: Ich behandle die Thematik der Vertreibung der Deutschen als Völkerrechtler und Historiker interdisziplinär. Dabei stelle ich die historischen Fakten in einen größeren historischen Kontext und beurteile sie nach völkerrechtlichen Normen und Prinzipien. Das haben andere Wissenschaftler bisher nicht getan. Entweder haben wir es mit Historikern zu tun, die oft wenig vom Völkerrecht verstehen, oder mit Völkerrechtlern, die die Historie nur unvollständig kennen. Außerdem habe ich Hunderte Vertriebene persönlich interviewt, um mir ein eigenes Bild zu verschaffen,

PAZ: Das Leiden der von Nazi-Deutschland besetzten Länder nimmt in Ihren Veröffentlichungen heute einen breiteren Raum ein als früher, dennoch werden Ihre Arbeiten und auch Sie als Person von linken Medien heute kritischer gesehen ...

De Zayas: Ja, und ich nehme es entsprechend zur Kenntnis. Es gibt in Deutschland inzwischen viele, die ein Buch über Flucht und Vertreibung erst dann positiv aufnehmen würden, wenn es mit dem Satz beginnt, daß die Nazi-Verbrechen die Vertreibung quasi rechtfertigen, und wenn es damit schließt, daß jede Wiedergutmachung für die Vertriebenen ausgeschlossen sein muß. Genau diese politisch-ideologische Linie werden Sie bei mir niemals finden, weil das Völkerrecht es eben anders will.

PAZ: Was halten Sie von der sogenannten Opfer-Täter-Schablone?

De Zayas: Die ist wissenschaftlich völlig unhaltbar und verletzt fundamentale menschenrechtliche Prinzipien. Schuld ist immer individuell, nie kollektiv. Die Nazis haben das anders gesehen und auch Stalin, der ganze Völker wegen angeblicher Kollaboration deportiert hat. Es ist schon bedrückend, daß solche Kategorien jetzt in der deutschen öffentlichen Diskussion mit umgekehrten Vorzeichen wieder auftauchen. Der Gedanke an die Kollektivschuld muß aus menschenrechtlichen Gründen endgültig abgelehnt werden.

PAZ: Hitler war aber zweifelsohne der Hauptschuldige.

De Zayas: Am Zweiten Weltkrieg ja, aber nicht an der Vertreibung. Um ihm auch noch die Schuld an diesem Verbrechen anlasten und jede Wiedergutmachung ablehnen zu können, spricht man dann vom "kausalen Nexus" zwischen beiden Ereignissen. Ein kleines Gedankenexperiment zeigt schon, wie heikel das ist: Sicher wäre die Vertreibung ohne Hitler und den Zweiten Weltkrieg nicht möglich gewesen.

Aber Hitlers Machtergreifung wäre ihrerseits ohne das Unrecht der Verträge von Versailles und St. Germain von 1919 völlig undenkbar gewesen. So öffnet dieses Argument Tür und Tor dafür, je nach dem willkürlich gewählten Ausgangspunkt jedes Unrecht auf der Welt zu exkulpieren. Ein etwas makabres Wort für diesen Umgang mit Wahrheit und Recht heißt "Geschichtspolitik". Aber das Völkerrecht funktioniert anders: Es gibt Dinge, die sind absolut verboten und zudem unverjährbar. Geschehen sie trotzdem, müssen sie wieder gutgemacht werden - egal welche Nationalität Täter und Opfer haben.

PAZ: Welche der 50 Thesen ist für Sie am wichtigsten?

De Zayas: Vielleicht die letzte: "Es gilt, Vertreibungen überzeugend zu ächten und damit künftige 'ethnische Säuberungen' zu verhindern. Eine gründlichere Auseinandersetzung mit allen Aspekten der Vertreibung der Deutschen in ihrem gesamteuropäischen und menschenrechtlichen Kontext und sinnvolle, für alle Seiten tragbare Anstrengungen zur Überwindung der Unrechtsfolgen würden eine solche Prävention fördern. Die Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen und das geplante 'sichtbare Zeichen' in Berlin können dazu einen wichtigen Beitrag leisten, wenn sie sich strikt an der historischen Wahrheit und am Völkerrecht orientieren."

Alfred de Zayas: "50 Thesen zur Vertreibung", ... London/Hamburg 2008 ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 9. August 2008 (x887/...):

>>**Klassiker aktualisiert**

Opferzahlen und mehr

Heinz Nawratil, bayrischer Notar sudetendeutscher Herkunft, sehr erfolgreicher Autor juristischer Taschenbücher, setzt sich seit fast 30 Jahren vehement für Wahrheit und Gerechtigkeit in der deutschen Geschichte ein, indem er die Tatsachen über die Verbrechen an Deutschen dokumentiert ("Schwarzbuch der Vertreibung", 14. Aufl. 2007) und den "Kult mit der Schuld" ad absurdum führt. Dabei will er als Jurist naturgemäß nicht aufrechnen, aber Geschehenes gerecht einordnen, wie es bei jedem ordnungsgemäßen Gerichtsverfahren geschehen muß.

"Die deutschen Nachkriegsverluste", erstmals 1986 erschienen, hat er völlig überarbeitet und um neuere Erkenntnisse erweitert. Damit liegt jetzt eine umfassende, nachvollziehbare Dokumentation dieses grauenvollen Kapitels der Weltkriegsgeschichte vor.

Der Autor berichtet im einzelnen von den verschiedenen Opferkategorien und wägt divergierende Zahlenangaben seiner Quellen sorgfältig ab, wobei er große Über- und Untertreibungen besonders anspricht. Es gelingt ihm in aller Knappheit, unterstützt durch Dokumente und Bilder, die unermeßlichen Leiden spürbar zu machen, die hinter jeder Zahl stehen. Die sachliche Darstellung ist bar anklagender Zusätze.

Der Leser erkennt selbst: Die Opfer sind nicht nur einfach Getötete, sondern fast immer direkt oder indirekt bestialisch zu Tode Gequälte: unter sowjetischer, polnischer, tschechoslowakischer und jugoslawischer Herrschaft mehr handgreiflich, unter angloamerikanischer und französischer Herrschaft mehr, auch an Umfang, durch Versagen des Lebensnotwendigen.

Nawratil zählt 8,8 Millionen Nachkriegstote, davon 4,0 Opfer der Hungerpolitik, 2,8 Opfer der Vertreibungen, 1,6 tote Kriegsgefangene, 0,3 Opfer der Sowjetarmee in Mitteldeutschland und Österreich plus 0,1 Tote in sowjetischen KZ und Gefängnissen in Deutschland. Zum Vergleich stellt er daneben: Krieg und Diktatur verursachten in Millionen 5,1 Opfer, davon etwa 4,25 Militärverluste, etwa 0,6 Bombenopfer, 0,17 deutsche Juden, 0,125 sonstige KZ-Opfer und 0,1 Euthanasieopfer.

Die Dokumentation ist so klar und kompakt, daß jeder Interessierte sich ohne nennenswerten

Aufwand ein Bild der Greuel machen kann und Beschönigen sich nicht mehr mit unschuldiger Unwissenheit entschuldigen läßt.

Solch eine Entschuldigung gilt tatsächlich allerdings schon lange nicht mehr, denn das Grundlegende über die Vertreibungen war spätestens 1960, über die Kriegsgefangenen 1974 amtlich veröffentlicht, wie das Buch ausweist.

Daß ein Bundespräsident dennoch 1985 den 8. Mai 1945 als "Tag der Befreiung" deklarierte, kann man nur zynisch gegenüber den Opfern und beschämend würdelos nennen.

Heinz Nawratil: "Die deutschen Nachkriegsverluste - Vertreibung, Zwangsarbeit, Kriegsgefangenschaft, Hunger, Stalins deutsche KZs", ... Graz 2008 ...<<

18.10.2008

Frankreich: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 18. Oktober 2008 (x887/...): >>"**Völkerrecht à la carte**"

Straßburger Menschenrechtsgerichtshof weist Beschwerde von Vertriebenen zurück

Der Menschenrechtsgerichtshof hat die Klage von 23 Vertriebenen aus dem Gebiet des heutigen Polen abgewiesen. Deutschen Zeitungen war die Entscheidung des Rechtsstreits "Preußische Treuhand vs. Polen" nur kurze Meldungen wert. Polnische Medien verglichen das Urteil hingegen mit dem Sieg Polens über die Kreuzritter in der Schlacht bei Tannenberg (Grunwald) im Jahre 1410.

Auch 19 Jahre nach dem Ende des Kommunismus scheinen Polen und Deutsche in unterschiedlichen Welten zu leben. Ein von Deutschen angestregtes Gerichtsverfahren, das den östlichen Nachbarn jahrelang in Atem gehalten hat und potentiell über 12 Millionen Deutsche betrifft, ist den meisten deutschen Medien kaum der Erwähnung wert. Selbst das Urteil, das Ende vergangener Woche in Polen zu einem Ausbruch nationaler Emotionen führte, ist ihnen kaum eine Meldung wert, sowenig wie das Echo in Polen selbst.

"Viele Politiker und Medien haben die Straßburger Entscheidung wie nach der Schlacht bei Grunwald als einen historischen Sieg gegen Deutschland gefeiert. Schlimme Schlagzeilen entstanden, die wir hier nicht auch noch publizieren wollen", berichtet der in Posen erscheinende Internet-Dienst "PolskaWeb" in seinem deutschsprachigen Angebot.

Die Fakten: 23 Kläger, vereint in der "Preußischen Treuhand" unter Leitung von Rudi Pawelka, dem Vorsitzenden der Landsmannschaft Schlesien, hatten nach langer Vorbereitung im November 2006 vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg eine Eingabe eingereicht, die die Republik Polen zur Wiedergutmachung insbesondere der Enteignungen verpflichten sollte.

Diese Eingabe hat der siebenköpfige Senat nun "ratione temporis" (aus Zeitgründen) als unzulässig abgewiesen. Das Gericht nimmt in dem 21-seitigen Urteil zur ursprünglichen Enteignung oder zur Vertreibung nicht Stellung, sondern argumentiert überwiegend formal, daß diese Vorgänge vor dem Inkrafttreten der Europäischen Menschenrechtskonvention im Jahre 1950 (in Polen erst 1994) geschehen seien.

Allerdings haben die Kläger geltend gemacht, daß ihre Enteignung im Zuge eines unverjährbaren Verbrechens gegen die Menschlichkeit geschehen sei und schon deswegen ein andauerndes Unrecht (Dauerdelikt) darstelle, das auch heute noch Wiedergutmachung verlange. Dieses Argument war für das Gericht nicht ganz leicht zu widerlegen, zumal der offenbar ähnlich gelagerte Präzedenzfall einer aus Nordzypem vertriebenen Griechin vorliegt. Hier hat das Straßburger Gericht die Türkei zu Rückgabe bzw. Entschädigung nach dem Eigentumsentzug im Jahre 1974 verpflichtet.

Und so hat das Gericht es doch nicht bei dem bloßen Terminhinweis "die Enteignungen geschahen vor 1950" belassen können, sondern sich auf mehreren Seiten mit den damaligen Vorgängen rechtlicher und tatsächlicher Art befassen müssen. Genau hier ist das Urteil in etlichen Punkten fragwürdig. So wird - um nur ein Beispiel zu nennen - die Abschlusserklärung

der Potsdamer Konferenz vom 2. August 1945 als "Potsdamer Abkommen" bezeichnet und wie ein völkerrechtlicher Vertrag bewertet.

"Das Straßburger Gericht hätte ohne weiteres zugunsten der Beschwerdeführer entscheiden können", bedauert der US-amerikanische Völkerrechtler Alfred de Zayas den Richterspruch. "Wie so oft hat der Gerichtshof aber politisch geurteilt." Das sei "Völkerrecht à la carte. Das Völkerrecht nimmt mit jedem Urteil Schaden, in dem die Opfer eines derartigen Verbrechens leer ausgehen", bedauert der langjährige UNO-Jurist. "Eine mögliche Konsequenz wäre, daß die Treuhand nun mit in den USA lebenden Vertriebenen eine Sammelklage nach US-Recht anstrengt", erläutert de Zayas.

Es sei bezeichnend, daß mit der Straßburger Entscheidung auch das Recht einer jüdischen Alt-eigentümerin (Irene Zieboldt aus Breslau) unter die Räder gekommen sei. Dies belege aber nur die Unteilbarkeit der Menschenrechte. Für unerträglich hält de Zayas den Hinweis des polnischen Ministerpräsidenten Donald Tusk, den er mit Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier vor der Presse gab: "Das ist das Ende (gemeint: der Treuhand-Klage) auf das wir zusammen seit dem Jahr 2004 hingewirkt haben."

De Zayas: "Es muß geprüft werden, ob diese Aussage zutrifft und wenn ja, mit welchen Methoden hier zwei Regierungen auf ein zur Unabhängigkeit verpflichtetes Gericht Einfluß genommen haben", erinnert er an das Prinzip der Gewaltenteilung.<<

31.10.2008

BRD: Die Tageszeitung "Die Welt" berichtet am 31. Oktober 2008: >>... Gruselstimmung Halloween - Heidnischer Brauch oder Heidenspaß?

An Halloween scheiden sich die Geister: Für die einen ist es ein zweiter Karneval, für die anderen ist es bloß ein "heidnischer Kult". Vor allem die Kirchen versuchen, ein Gegengewicht zur allgemeinen Gruselstimmung zu schaffen. Denn Halloween fällt auch auf einen hohen wichtigen Feiertag.

Freitagnacht wird es wieder schaurig schön: Kürbis-Fratzen, menschliche Fledermäuse mit blutunterlaufenen Augen und Vampirzähnen. Am Vorabend des Allerheiligen-Festes ist Halloween angesagt. Glaubt man wissenschaftlichen Studien, betreiben die Deutschen dieses Fest mit besonderer Freude am Gruseligen. Während in den USA auch freundliche Tierkostüme wie Kuh- oder Äffchenverkleidungen üblich seien, würden in der Bundesrepublik fast nur Horrorszenen mit Monstern und Schreckensgestalten inszeniert, hat die Universität Dortmund vor wenigen Jahren festgestellt.

Heidnischer Brauch oder Heidenspaß? Was für die einen ein schöner Anlaß ist, sich zu Beginn der dunklen Jahreszeit zu verkleiden und ausgelassen eine andere Form von Karneval zu feiern, ist für andere eine Attacke auf die kirchlichen Feiertage des Reformationstags und des Allerheiligenfestes.

Den meisten Deutschen allerdings, das ergab eine in dieser Woche veröffentlichte Umfrage, ist Halloween schlicht und einfach egal. 60 Prozent interessieren sich nicht für das Fest der Kürbisse und Monster, ergab eine Umfrage des Internetportals "immowelt.de".

Glaubt man dem Freiburger Volkskundler Werner Mezger, so ist der Halloween-Brauch sogar schon wieder auf dem Rückzug, auch wenn er weiterhin von Geschäftsleuten, Medien und Kindern dankbar aufgegriffen wird. Für den Kulturwissenschaftler ist das aus den USA importierte Halloween kein fest eingewurzelter Brauch im herkömmlichen Sinn. "Halloween hat Event-Charakter. Ein Brauch dagegen wächst, steuert sich selbst und entsteht an der Basis", analysiert er.

Diese Einschätzung hält allerdings die Kirchen nicht davon ab, alle Jahre wieder vor einer oberflächlichen Spaßkultur zu warnen und die kirchlichen Feiertage nicht den Gruselpartys zu überlassen. Der Augsburger katholische Bischof Walter Mixa verurteilte Halloween als "heidnischen Gruselkult". Im Gegensatz dazu sei Allerheiligen ein "Fest des Lichtes und der frohen

Botschaft vom ewigen Leben". Auch der Bamberger Erzbischof Ludwig Schick kritisierte die Verdrängung christlicher Feiertage durch Halloween.

Seit einigen Jahren versuchen katholische und evangelische Gemeinden ein Gegengewicht zu Halloween zu schaffen, indem sie Gebetsnächte, Konzerte und Lesungen veranstalten und zu einer "Nacht der offenen Kirchen" einladen. In evangelischen Gemeinden werden gar "Lutherbonbons" verteilt, damit der Geschmack am Reformationstag nicht verloren geht.

Alle Jahre wieder gibt es auch Konflikte zwischen lautem Gruselvergnügen und dem Feiertagsgesetz, das beispielsweise in Bayern den Allerheiligentag als "stillen Feiertag" schützt. Das bayerische Innenministerium wandte sich deshalb in den vergangenen Tagen gegen Versuche, Halloween-Partys als nicht-öffentliche Veranstaltungen zu deklarieren, um auch nach Mitternacht an Allerheiligen weiterfeiern zu können. Um 24 Uhr müsse Schluß sein mit dem Grusel-Feiern. Der ernste Charakter von Allerheiligen müsse gewahrt bleiben.

In München und Nürnberg hatten Veranstalter Partys als nicht-öffentlich deklariert, um deren Verbot an sogenannten stillen Tagen wie Allerheiligen zu umgehen. Die Stadtverwaltungen kündigten an, ein solches Vorgehen nicht zu tolerieren. Ein Sprecher des Münchner Kreisverwaltungsreferats drohte mit einem Bußgeldverfahren. Die Stadt Nürnberg will Anzeige erstatten, sollte eine angekündigte Party über Mitternacht hinausgehen.<<

Oktober 2008

BRD: Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck (von 2001-2006 Botschafter in Rom) berichtet im Oktober 2008 über Deutschlands Platz in der Geschichte? (x878/...): >>**Deutschland im Spiegel der Nachwelt (Ein Rückblick aus dem Jahre 3000 n. Chr.)**

These: Mit dem Höllenritt von Dezember 1941 bis Mai 1945 hat sich Deutschland am Ende der zwei Weltkriege für immer ins Gedächtnis der Menschheit eingebrannt.

An was wird oder könnte sich erinnern, wer als Bürger dieser Erde mit großem zeitlichen Abstand an Deutschland denkt? Was fällt ihm dazu ein - wenn überhaupt etwas? Es ist die Frage nach dem was bleiben könnte.

Wir springen 1.000 Jahre in die Zukunft und nehmen einen fiktiven Zeitpunkt an, um von dort einen Blick zurück auf die deutsche Nationalgeschichte zu werfen. Werden wir in der Rückschau insbesondere auf die zwei Weltkriege nur Misere, Unglück, Verbrechen sehen und erinnern? Also im Grunde eine Wahrnehmung haben, die im Wesentlichen unserer heutigen zu Beginn des 21. Jahrhunderts entspricht?

Oder könnte es vielleicht noch eine andere Geschichte geben, die wir in der unmittelbaren Nachkriegszeit in der Zerknirschung der Niederlage nicht oder noch nicht sehen können, die verdrängt worden ist, die noch verborgen ist, aber mit dem zeitlichen Abstand hervortritt oder hervortreten kann? Wird dieser "fiktive" Rückblick tröstlich sein oder nur das bestätigen, was heute ohnehin vorherrschende Meinung ist?

Nehmen wir an, daß die Menschheitsgeschichte die nächsten 1.000 Jahre so verläuft, daß Erinnerung wach gehalten wird und möglich bleibt.

Was könnte in der ferneren Zukunft die Menschen in Staunen versetzen? Was werden sie im Gedächtnis bewahren, sei es bewundernd, sei es als Negativbeispiel? Was mag den Pyramiden Ägyptens gleichkommen, der Demokratie Athens im 5. Jahrhundert v. Chr., der imperialen Macht des antiken Roms? Oder - um den Eurozentrismus zu verlassen - den Kriegszügen des Mongolen Dschingis Khan, der Ausbreitung des Islam in wenigen Dezennien nach dem Tode Mohammeds, der unvergleichlichen Dauerhaftigkeit und Integrationskraft Chinas über mehrere Jahrtausende? Was könnte der "stupor mundi" sein, der die Menschen der Zukunft in seinen Bann schlägt? Was wird Bestandteil dessen, das die Menschheit nie vergißt?

Auch bei entschiedener Ablehnung des Eurozentrismus und seiner Geschichtsinterpretationen wird die Menschheit der späteren Zukunft nicht umhin können, das Aufblühen Europas in der

Renaissance, Europas Dominanz in der Kriegskunst bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts, die Entwicklung der Wissenschaften seit der Aufklärung, die europäischen Siedlungsbewegungen fast über den ganzen Erdball durch Portugal, Spanien, Holland, England und Rußland und schließlich Europas globale imperiale Stellung im 19. Jahrhundert zu studieren und anzuerkennen. Es erscheint schlicht unumgänglich, daß dies immer Teil menschlicher historischer Selbstvergewisserung bleiben wird und muß.

Diese Dynamik ging von einigen wenigen Nationen am westlichen Ausläufer des asiatischen Kontinents aus. Es entstand etwas völlig Neues, das am Ende mit Ablegern, insbesondere den USA, die ganze Welt durchdrang und den Erdball erstmals "globalisierte". Es war ein Quantensprung, an dem die einzelnen Nationen ihren jeweiligen und unterschiedlichen Anteil hatten. Wie man im antiken Griechenland das dem Neuen stets aufgeschlossene, dynamische Athen mit den Begriffen Demokratie, das konservative Sparta mit überlegener militärischer Disziplin verbindet, wird man wahrscheinlich die einzelnen Nationen Europas mit bestimmten Vorstellungen assoziieren, so verkürzt sie auch immer sein mögen:

Spanien mit der Entdeckung und Eroberung Lateinamerikas, Frankreich mit der Großen Revolution 1789, England/Großbritannien mit der Industrialisierung und dem Empire usw.

Deutschlands Platz in der Geschichte?

Wird Deutschland in einer solchen Rückschau überhaupt vorkommen? Uns fehlt im Vergleich mit anderen europäischen Nationen doch einiges. Der deutsche Nationalstaat im eigentlichen Sinne ist im Vergleich zu Frankreich, Rußland, England/Großbritannien, Spanien mit seiner Gründung 1871 verhältnismäßig jung, die Nationalgeschichte vergleichsweise kurz. Wir werden keine deutschsprachigen Kolonien in der Welt hinterlassen, die das Andenken an das Mutterland pflegen könnten.

Wer wird deutsche Philosophie, der wohl markanteste deutsche Beitrag zur europäischen Geistesgeschichte, überhaupt noch lesen oder gar verstehen? Wer wird von Hegel, Marx oder Heidegger mehr als vielleicht die Namen kennen? Deutsche Wissenschaftler haben großartige Beiträge geleistet, französische, britische, russische aber nicht minder. Nichts Auffälliges also. Vielleicht wird die klassische deutsche Musik weiter leben - vielleicht. Werden die Deutschen - um einen Vergleich mit dem antiken Griechenland zu ziehen - dem stummen Theben gleichen, das zwar den großen Dichter Pindar (522/518 - 445 v. Chr.) hervorgebracht hat, aber ansonsten farblos geblieben ist und vergessen wurde?

Europas Weltgeltung wurde im 1. Weltkrieg untergraben und im 2. Weltkrieg endgültig zerstört. Wer also nach Jahrhunderten die Ursachen des Niedergangs Europas erforscht und zu erklären sucht, wird unweigerlich auf den Namen Deutschlands stoßen. Die Selbstzerstörung Europas ist aufs engste mit dem 1871 gegründeten Deutschen Reich verbunden. Das Interesse an deutscher Geschichte wird sich im großen zeitlichen Abstand mit allergrößter Wahrscheinlichkeit auf die Epoche der zwei Weltkriege richten.

Das Heilige Römische Reich deutscher Nation, die Reformation Luthers, die preußische Geschichte werden vermutlich wenig bis keine Aufmerksamkeit auf sich ziehen. Aber der Kampf der Deutschen einschließlich der Österreicher gegen praktisch alle anderen Großmächte Europas und die USA wird die Nachwelt interessieren, eben weil er das Ende der Weltstellung Europas zur Folge hatte. Denn nahezu zeitgleich mit der Niederlage Deutschlands brach auch das britische Empire, das französische Kolonialreich und nur wenig später 1989 mit der Auflösung der Bindekraft der - deutschen - Ideologie des Marxismus auch das russische Sowjetimperium zusammen.

Insofern können wir sicher sein, daß der deutsche Name in der Weltgeschichte überleben wird. Können wir also beruhigt zurücklehnen und abwarten, was die Meinungsbildung der fernerer Zukunft so bringen möge? In gewisser Weise bleibt uns gar nichts anderes übrig. Wir wissen nicht, was diese Zukunft beinhaltet, sie ist offen. Gleichwohl ist es immer ratsam, an

der Meinungsbildung über die eigene Identität mitzuwirken und die Konsensfindung nicht nur Dritten zu überlassen. Dies um so mehr als die Sieger in der Regel die Geschichte schreiben und in ihrem Sinne deuten. Sie definieren, was Recht, Unrecht, Schuld etc ist oder zu sein hat. Wir Deutsche sind in der - glücklichen - Lage, auch als Besiegte noch unsere Stimme erheben und uns Gehör verschaffen zu können. Wir sollten es zumindest versuchen.

Historische Deutung der zwei Weltkriege durch Sieger und Besiegte

Die Sieger der 2 Weltkriege haben ihre Sicht der Geschichte der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts mannigfach dargestellt und verbreitet. Knapp zusammengefaßt trägt danach das Deutsche Reich unter Kaiser Wilhelm II die Schuld am Ausbruch des 1. Weltkriegs 1914 (Kriegsschuldartikel des Vertrags von Versailles 1919), weil es nach einem Weltreich strebte. Es hat die Kriegsverbrecher, insbesondere Kaiser Wilhelm II, seinerzeit weder ausgeliefert noch vor Gericht gestellt.

Die deutschen Revanchisten fanden in Hitler den Frontmann für eine neuerliche Konzentration der Kräfte in einer Diktatur und für die Wiederaufnahme des Krieges um die Weltherrschaft. Sie stürzten Europa und die Welt in einen verbrecherischen Krieg, der letztlich 50-60 Millionen Menschen, unter ihnen 6 Millionen ermordete Juden das Leben kostete.

Diesen Menschheitsfeind galt es - so die Sieger - mit allen Mitteln bis zur bedingungslosen Kapitulation nieder zu ringen. Das ganze Land wurde besetzt und um rund ein Viertel seines Territoriums amputiert. Die Kriegsverbrecher wurden von den Alliierten nach 1945 in Nürnberg vor Gericht gestellt und größtenteils hingerichtet. Es war aus der Sicht der Sieger mehr als vollauf gerechtfertigt, diesen Feind, das "Böse" schlechthin, nicht nur militärisch sondern auch moralisch zu vernichten. Vielfach wurde die folgende deutsche Teilung als eine gerechte Strafe gesehen. Etwa so lautet schlagwortartig der von den Alliierten in der internationalen Gemeinschaft herbeigeführte Konsens über das Deutschland des 20. Jahrhunderts.

Die deutsche Geschichtsschreibung und insbesondere die maßgebende deutsche Publizistik haben nach 1945 die Deutung der Sieger der 2. Weltkriege überwiegend übernommen. Entsprechend wird geforscht und publiziert. Die Ergebnisse dieser Forschung liegen jetzt zahlreich vor, sie sind zweifellos wichtig. Wir wissen, daß die Wehrmacht vor allem im Osten schwere Kriegsverbrechen begangen hat und daß dem Holocaust 6 Millionen der Juden Europas zum Opfer gefallen sind. Nahezu alles ist publiziert und der Öffentlichkeit zugänglich. Nichts soll verschwiegen werden.

Selbsterkenntnis ist gut, Übertreibungen weniger. Heute scheint indes fraglich, ob die Aufdeckung noch einer Untat der Wehrmacht und weiterer Einzelheiten des Holocaust unsere Erkenntnisse entscheidend erweitern und zur Selbstläuterung oder zur sog. Bewältigung der Vergangenheit beitragen können. Die moralische Selbstläuterung durch ein Mehr an Wissen stößt an Grenzen. Manchmal kommt man um die Frage nicht umhin, ob sich die Deutschen nicht nach 1945 in der Zerknirschung und Selbstkasteiung von Besiegten mit der Obsession von Flagellanten die Schuldzuweisungen der Sieger zu eigen gemacht haben, ja diese zu übertreffen versuchen?

Was ist überhaupt Geschichte?

Aber die Geschichte ist keine moralische Veranstaltung. Ganz einfach ausgedrückt, werden nicht immer die Guten belohnt und die Bösen bestraft. Mitunter ist es umgekehrt.

Waren denn die Germanen die Guten, weil sie die Römer der Antike besiegten? Oder ist der Islam die bessere Religion, weil die Araber das früher christliche östliche Mittelmeer und Nordafrika eroberten und zum Islam bekehrten? Waren die Kommunisten Stalins tatsächlich besser als die Nazis, weil sie gesiegt haben? Waren die Falangisten im spanischen Bürgerkrieg die Guten, weil General Franco mit der Unterstützung Hitlers und Mussolinis die Republikaner besiegte? Waren die Maoisten die Guten und Tschiang Kai-schek und seine Anhänger die Schlechten, weil Mao letztere aus China vertrieb?

Hegels "siegreicher Weltgeist", die "List der Vernunft", die ordnende Hand, die alles letztlich zum Guten lenkt, gibt es nicht. Das gilt auch für alle Theorien, die an Hegel anknüpfen, bis hin zu Karl Marx. Geschichte ist - leider nicht (oder noch nicht?) - die Geschichte der Entfaltung von Freiheit, Demokratie und Menschenrechten.

Moderne Geschichtstheorien (Hans-Georg Gadamer, Hayden White, Michel Foucault u.a.) stellen ohnehin die Geschichte als Gegenstand der Wissenschaft in Frage. Danach können wir heute die Vergangenheit nicht kennen sowenig wie spätere Generationen unsere Geschichte zu verstehen vermögen.

Geschichtsschreibung ist Hayden White und Claude Lévi-Strauss zufolge nur "eine neue Form von Mythologie (und) nicht der Gegensatz von Mythos". Lévi-Strauss formuliert: "Ich neige zu der Ansicht, daß in unseren Gesellschaften die Geschichte die Mythologie abgelöst hat und deren Funktionen erfüllt. ..." (C. Lévi-Strauss, Mythos und Bedeutung, Frankfurt/M 1995, S.64). Hayden White geht noch weiter und behauptet, was Historiker betrieben, sei Literatur, und - so kann man hinzufügen - Literatur, die den Romanen von Schriftstellern unterlegen ist ("Metahistory, Die historische Einbildungskraft im 19. Jahrhundert in Europa", Frankfurt/M 1991, S. 563).

Wir können hier die modernen Geschichtstheorien nicht in extenso ausbreiten, so interessant und aufschlußreich das wäre. Bezeichnend ist jedoch die wiederkehrende Kritik, daß Geschichtswerke nicht mehr als eine Reihe "fortgesetzter Metaphern" sind, die Ereignisse interpretieren. Historiker interpretieren Ereignisfolgen, die von anderen Historikern bereits interpretiert wurden. Die Ereignisse bleiben dieselben, aber die Geschichte wird eine andere, in die diese Ereignisse eingeordnet werden. "Wir sind frei, die 'Geschichte' so zu verstehen, wie es uns gefällt, so wie wir frei sind, mit ihr zu tun, was wir wollen" (Hayden White).

Soviel postmoderne Beliebigkeit wollen wir denn doch nicht an die deutsche Geschichte anlegen und die Überprüfbarkeit und Plausibilität von Zusammenhängen durch Historiker hochhalten und verteidigen. Festzuhalten bleibt freilich, daß Geschichte kein ein für allemal feststehender, sakrosankter Kanon unverrückbarer Wahrheiten ist. Künftige Generationen werden mit Sicherheit anders urteilen als wir, andere Metaphern abrufen und in einen anderen, aus ihrer Zeit heraus plausiblen Interpretationszusammenhang einfügen.

Demokratie, Menschenrechte, Freiheit

Die unzureichende Demokratisierung des Bismarck-Reichs und die Abkehr Deutschlands von der Demokratie 1933 werden als ein wesentlicher Grund für die deutsche Katastrophe in der 1. Hälfte des 20. Jahrhunderts angesehen. Die Rückkehr in den Schoß der Nationen als Demokratie gilt uns Heutigen als absoluter Wert, an dem der deutsche Sündenfall vor 1945 gemessen wird. Die Frage ist, ob das im längeren zeitlichen Abstand noch so sein wird?

Zunächst ist festzuhalten, daß es keinen deutschen Demokratie-Rückstand im Kaiserreich im Vergleich zu Gesamteuropa, also einen sogenannten "deutschen Sonderweg" gegeben hat; man denke etwa an das russische Zarenreich, aber auch Italien etc. Das deutsche Kaiserreich hatte z.B. vor Großbritannien das allgemeine, gleiche Wahlrecht eingeführt. Es gab vor 1914 vielleicht einen Trend, aber keinen europäischen demokratischen Gleichklang, aus dem Deutschland ausgeschert wäre. Ähnliches gilt für 1933: in Moskau regierten Stalin und die Kommunisten, Italien war bereits eine faschistische Diktatur, in den Staaten Mittel- und Osteuropas herrschten von wenigen Ausnahmen abgesehen alles andere als demokratische Verhältnisse.

Die entscheidende Frage ist das aber nicht. Die Frage ist vielmehr, welchen Wert an sich Demokratie in einigen Jahrhunderten haben wird. Ein Blick in die "bekannte" Geschichte lehrt, daß wir uns keineswegs allzu großem Optimismus hingeben dürfen. Bezogen auf die menschliche Gesamtgeschichte waren die demokratischen Phasen immer nur sehr kurz und geographisch eng begrenzt. So das antike Athen im 5. Jahrhundert v. Chr., die römische Republik

der Antike bis Cäsar, wenn man sie denn überhaupt als Demokratie ansehen will, und einige europäische Staaten ab dem 19. Jahrhundert und im 20. Jahrhundert mit einem auf den "Westen" beschränkten Siegeszug der Demokratie nach dem 2. Weltkrieg. (Aber schon ziehen Anfang des 21. Jahrhunderts wieder dunkle Wolken auf, wenn man an China oder Rußland denkt.)

Die Demokratie bedeutet nicht das "Ende der Geschichte", um einen Begriff von Francis Fukuyama zu gebrauchen (The End of History and the last Man, 1993). Die Geschichte geht weiter. Innere und äußere Entwicklungen werden die Demokratie verändern und aushöhlen, wie einst die Römische Republik, die nach Cäsar nur dem Namen nach noch bestand. Die Demokratie in den USA von heute hat im übrigen mit der Demokratie der Schweizer Urkantone im 14./15. Jahrhundert nichts gemein. Traditionslinien sind oft konstruiert und fragwürdig.

Wenn die Demokratie von allen - schlechten - Verfassungen noch immer die beste ist, so hat es sie immer nur in wenigen glücklichen Phasen der Menschheitsgeschichte und nur auf engem Raum gegeben. Es sind Momente der wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Blüte und Expansion, die einer begrenzten Zahl von Menschheitsbürgern Wohlergehen, Selbstbestimmung und Teilhabe am politischen Prozeß ermöglichten. Oft auf Kosten Dritter: die Bürger Athens ließen Sklaven für sich arbeiten, die Römische Republik beutete die meisten Völker des Mittelmeerraumes aus und auch die Gesellschaften des freien Westens verhalten sich nach Meinung vieler bis heute ausbeuterisch gegenüber der sog. Dritten Welt.

Wo das Wohlergehen durch wirtschaftliche Schwierigkeiten und äußere Bedrohungen gefährdet wird, setzen erst unmerklich, dann unübersehbar Veränderungsprozesse ein, selbst wenn die Fassade eine Zeitlang noch weiter bestehen bleibt. Werte wie Freiheit, Selbstbestimmung und Mitbestimmung als Teilhabe am politischen Leben werden ihre Bedeutung verändern. Man muß kein notorischer Pessimist sein, um eine solche Entwicklung auch für unsere Gesellschaften voraus zu sehen. Die Jahrhunderte schleifen alles ab und formen alles um.

Wenn dem so ist, kann man davon ausgehen, daß der Verlauf der deutschen Geschichte in der 1. Hälfte des 20. Jahrhunderts in 500, 1.000 oder mehr Jahren nicht am Versagen an der Demokratie gemessen werden wird. Das Urteil wird sich an anderen Kriterien, die Erinnerung an anderen Dingen festmachen. Das mag man aus heutiger Sicht entschieden ablehnen oder zumindest bedauern. Dennoch müssen sich die Deutschen von heute mit dem Gedanken vertraut machen, daß die Demokratie, die sie gewissermaßen als Lehre aus der Geschichte als Wert schlechthin verinnerlicht haben, keinen Ewigkeitswert hat.

Sie ist vor der Geschichte sogar ein höchst vergängliches Gut, dem nur unter besonders günstigen Umständen eine gewisse Lebensdauer gegeben ist, gewissermaßen eine Verfassung für Schönwetterperioden. (Das sollte uns heute freilich nicht hindern, dieses Gut so lange und so entschlossen wie möglich zu verteidigen und hochzuhalten.) Demokratische Zeiten sind die kostbaren Momente der Menschheit, in ein paar hundert Jahren vielleicht so etwas wie das verlorene Paradies.

Kriegsschuld, Angriffskrieg, Kriegsverbrechen

Die Alleinschuld am Ausbruch des 1. Weltkriegs wurde von den Siegermächten Deutschland angelastet. Die deutsche Geschichtsforschung und Publizistik hat dies bis Anfang 60er Jahre des vergangenen Jahrhunderts mehrheitlich zurückgewiesen. Mit Fritz Fischers Werk "Der Griff nach der Weltmacht" (1961) fand in den 60er Jahren eine Umkehrung statt. Mittlerweile wird Fischer in der deutschen Forschung überwiegend wieder revidiert und lediglich eine deutsche Mitverantwortung angenommen. In den maßgebenden deutschen Medien ist letzteres meist noch nicht angekommen und es wird für das große Publikum gedankenlos von deutschen Angriffskriegen 1914 und 1939 berichtet. Das ist falsch, aber relativ belanglos.

Das Deutsche Reich war vor 1914 ohne Zweifel eine aufstrebende Macht, die das europäische Gleichgewicht ökonomisch und demographisch in Frage stellte. Etablierte Mächte wie Groß-

britannien und das zaristische Rußland, die ihre Weltreiche in zahllosen Kriegen schon zusammengerafft und erobert hatten: die Briten das Empire rund um den Globus, die Russen ein gigantisches Territorium von Warschau bis Wladiwostok, von Helsinki bis Tiflis, fühlten sich herausgefordert.

Ähnliches gilt für Frankreich, das nach Afrika und Indochina ausgegriffen hatte, sich aber mit dem Verlust Elsaß-Lothringens nicht abfinden wollte. Das Deutsche Reich entwickelte Anfang des 20. Jahrhunderts eine derartige Potenz, daß das übrige Europa mit vereinten Kräften diese neue Macht im Herzen des Kontinents im 1. Weltkrieg nicht niederzwingen konnte. Es bedurfte des Eingreifens der außereuropäischen Macht der USA, um Deutschland 1918 zu besiegen.

Schon aus heutiger Sicht war die deutsche Politik unter Wilhelm II nicht imperialistischer als die britische, russische oder französische und auch die der USA. Hohles Pathos und große Töne haben - salopp ausgedrückt - in dieser Zeit außer Wilhelm II auch andere europäische Politiker und Staatsmänner geschätzt (z.B. Benjamin Disraeli, britischer Politiker und Staatsmann). Die europäischen Staaten und die USA expandierten in die Welt und gerieten untereinander in Streit um Teile des Kuchens. Die etablierten Mächte schlossen sich zusammen, um den deutschen Neuankömmling nicht hoch kommen zu lassen, denn sie hatten etwas zu verteidigen und zu verlieren.

Insbesondere die britische Propaganda denunzierte das Deutsche Reich als imperialistisch und süchtig nach Weltherrschaft. Denn das weltumspannende "Imperium" beanspruchten die Briten nicht nur selbst, sie hatten es in ihrem Selbstverständnis mit ihrem Empire auch inne. (Ein ähnliches Selbstverständnis haben die "Masters of the Universe", die "Herren der Welt", des Finanzdistrikts der Londoner City Anfang des 21. Jahrhunderts entwickelt. Gemeinsam mit der New Yorker Wall Street haben sie in der Folge die Welt in die schwerste Finanz- und Wirtschaftskrise seit 1929 gestürzt.) London wollte vor 1914 das ungeschmälerte Empire nicht nur um jeden Preis behalten sondern nach Möglichkeit noch ausbauen. Es war schlicht der Kampf von Rivalen.

Mit der Niederlage 1918 und den Vertragsbedingungen von Versailles 1919 waren bereits alle Würfel gegen Deutschland gefallen. Die Entente-Mächte taten alles, damit Deutschland niemals zu gleicher politisch-historischer Größe wie Großbritannien oder Frankreich würde aufsteigen können. Am liebsten hätten sie schon damals das Deutsche Reich, das ja erst knapp 50 Jahre bestand, wieder zerschlagen. Deutschland war als Nation, um ein Bild zu gebrauchen, gewissermaßen im Jünglingsalter gestoppt worden. Etwaige Entfaltungsmöglichkeiten wurden abgewürgt. (Von den Entente-Mächten war das auch so gemeint und ist in Deutschland so angekommen.)

Was dann nach 1918/1919 aus Deutschland kam, war ein Aufbegehren, die kleinbürgerliche Radikalisierung der Nazis, die alles nochmals mit unzulänglichen geistig-politischen und materiellen Mitteln auf eine Karte setzten und verloren. Das Bürgertum zog weitgehend mit, weil es den Nazis gelang, seine nationalen Ambitionen und Frustrationen zu bedienen. Der bürgerliche Ehrgeiz war noch da, auch wenn ihm die politischen Grundlagen und die Erfahrung fehlten. Gläubigkeit und/oder Treue ersetzen nun mal nicht den politischen Verstand. Am 1. September 1939 begann der 2. Weltkrieg.

Der Hitler-Stalin-Pakt vom 24. August 1939 wird von den betroffenen Nationen in Mitteleuropa vielfach als der eigentliche Kriegsbeginn gesehen - zu Recht. Der Beginn der Kriegshandlungen wenige Tage später und die vorangegangenen beidseitigen deutsch-polnischen Provokationen sind Folge dieses Paktes. Die britische Politik hat zur unflexiblen polnischen Haltung und damit zum Kriegsausbruch auch einiges beigetragen. Wenn dem so ist, muß zumindest der Sowjetunion Stalins eine "Mitschuld" am Ausbruch des 2. Weltkriegs zugemessen werden. Schließlich hat sich Stalin mit der Besetzung des Baltikums und Ostpolens kurz

danach zielstrebig und vertragsgemäß an der Aufteilung der Kriegsbeute beteiligt.

Die Ausdehnung des Krieges auf immer neue Kriegsschauplätze von Norwegen über Griechenland bis Nordafrika war ganz im Sinne Churchills, der sich davon eine Verzettelung und Schwächung der Wehrmacht versprach - die dann auch eintrat. Der deutsche Angriff auf die Sowjetunion 1941 erklärt sich zum Teil aus dieser Kriegslogik und Kriegsdynamik, der schon Napoleon 1813 erlegen war. Auch wenn Napoleons Außenminister Talleyrand den Satz auf etwas anderes gemünzt hatte, wäre man versucht mit ihm zu sagen: "C' était pire qu'un crime, c'était une faute" (schlimmer als ein Verbrechen - ein Fehler).

Ab Dezember 1941 hatte Hitler mit dem Scheitern der Wehrmacht vor Moskau und dem Eintritt der USA in den Krieg das Vabanquespiel des Alles oder Nichts endgültig verloren. Danach kam bis 1945 etwas anderes, ich komme darauf zurück. Zwar war Frankreich 1940 besiegt worden, Großbritannien kämpfte danach mit Churchill weiter, um das Empire zu sichern. In seiner berühmten Antrittsrede vom 13. Mai 1940 "Blut, Schweiß und Tränen" hatte er bereits implizit die "bedingungslose Kapitulation" Deutschlands gefordert, die er im Januar 1943 in Casablanca als Forderung der offiziellen Politik der Alliierten durchsetzte.

Churchill wollte von Anfang an Deutschland als Rivalen, diese Gefahr für das Empire, wie er es sah, ausschalten. Die Weltgeltung Britanniens, die historische Mission Londons und der "angelsächsischen Völker" in der Welt galt es für Churchill mit allen Mitteln zu bewahren. Rivalen - oder die man als solche wahrnahm - mußten niedergerungen werden. Das war nicht neu und war schon britische Politik gegenüber Frankreich unter Ludwig XIV im 17. und Napoleons I im 18. /19. Jahrhundert gewesen. Grundgedanke dieser Politik war die "balance of power", das Gleichgewicht der europäischen Mächte, die London eine Schiedsrichterrolle in Europa und freie Hand auf den Weltmeeren gab.

Die Nachwelt wird sich in einigen Jahrhunderten kaum mit diesen Kriegschuldfragen aufhalten. (Vielleicht ordnet man in diesen zeitlichen Zusammenhang auch die sog. Bush-Doktrin ein, die einen Präventiv-Krieg rechtfertigt, um eine Bedrohung von den USA abzuwenden; zur Anwendung kam die Doktrin z.B. im Irak-Krieg 2003, eine Bedrohung bestand objektiv nicht, sie war konstruiert.)

Schließlich weiß man seit dem Trojanischen Krieg, daß der Raub der Helena zwar den offiziellen Kriegsgrund abgab, dahinter aber andere Interessen standen, die zu dem von Homer besungenen 10-jährigen Krieg um die Vorherrschaft am Bosphorus führten.

Deutsche Politik mag zu Beginn des 20. Jahrhunderts nicht immer geschickt agiert haben. Das Kernproblem war aber das Auftreten und Aufstreben einer neuen Macht in der Mitte Europas, die das europäische Gleichgewicht störte. Es gelang den europäischen Mächten nicht, aus dieser heiklen Situation auf friedlichem Wege eine neue Balance zu finden. So wurde der Konflikt auf traditionelle Weise mit den Waffen ausgetragen. Die verheerenden materiellen und moralischen Schäden und Folgen hatte niemand voraus gesehen. (Anfang des 21. Jahrhunderts wird versucht, daraus Lehren u.a. für den Umgang mit dem aufstrebenden China zu ziehen - hoffentlich mit Erfolg.)

Die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse krankten von vornherein schon daran, daß Stalins Schergen mit zu Gericht saßen. Die Sieger haben 1945 in Nürnberg den Angriffskrieg und seine Vorbereitung zu einem neuen Straftatbestand erklärt. Bis dahin galt der Satz: "nulla poene sine lege", d.h. die rückwirkende Strafbarkeit war ausgeschlossen. Die höchsten Funktionäre des Nazi-Regimes wurden vom Internationalen Militärtribunal in Nürnberg verurteilt, die meisten zum Tode.

Auf eine allgemein akzeptierte Definition des Angriffskriegs konnte sich die internationale Gemeinschaft freilich bis heute, d.h. 60 Jahre nach Nürnberg nicht einigen. Das Massaker an Zivilisten durch Bodentruppen ist ohne jede Frage ein Kriegsverbrechen. Deutsche Kriegsverbrechen wie u.a. Oradour in Frankreich, Lidice in der damaligen Tschechoslowakei, in Po-

len und Rußland wurden angeklagt und bestraft. Derartige Verbrechen sind unter allen Umständen unnachsichtig zu verfolgen und zu sühnen.

Massaker aus der Luft, wenn bei Luftangriffen Hunderte, Tausende, ja Zehntausende Zivilisten, Frauen, Kinder, alte Männer, umgebracht werden, wie in Hamburg 1943, Dresden 1945, Hiroshima und Nagasaki 1945, aber ebenso - wenn auch in erheblich kleinerer Größenordnung - in Coventry, Rotterdam und Warschau, blieben in Nürnberg ungeahndet. Aber Massaker bleibt Massaker, insbesondere bei Flächenbombardements auf urbane Zentren.

Anklagepunkt waren in Nürnberg auch Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Die Vertreibung von rd. 14 Millionen Deutschen aus den Ostgebieten, in deren Verlauf 1,5 - 2 Millionen umkamen, war ohne jeden Zweifel ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit, fiel allerdings in den Augen der Sieger nicht unter diesen Tatbestand. (Notabene: die Nazigrößen mußten nach 1945 natürlich in irgendeiner Form zur Rechenschaft gezogen und bestraft werden.

Unmittelbar nach Kriegsende war der Nürnberger Prozeß eine "pragmatische Lösung": rechtliche Probleme, wie Rückwirkungsverbot, Gleichbehandlungsgrundsatz und der Ruch von Siegerjustiz wurden in Kauf genommen, um eine absolut gerechtfertigte Bestrafung individueller Schuld zu begründen.) Der Holocaust spielte in Nürnberg eine eher nebensächliche Rolle, ich komme auf den Holocaust zurück.

Die USA sind bis heute der Charta zur Errichtung des UN-Strafgerichtshofs in Den Haag nicht beigetreten. Sie drohen unverhüllt damit, US-Bürger, sollten sie vor das Tribunal gestellt werden, mit Gewalt zu befreien. In diesem Zusammenhang wird von US-Seite betont, daß Nürnberg eben keinen Präzedenzfall geschaffen habe. Freimütig wird nebenbei anerkannt, daß es sich lediglich um einen Akt der Zivilisierung von Siegerjustiz gehandelt habe (z.B. George F. Will, *The International Criminal Court. A Court that is hostile to the rule of law*, in: *International Herald Tribune v. 12.07.2002*). So besehen wird von den Nürnberger Prozessen keine Orientierung ausgehen, sie sind kein Merkposten für die Nachwelt.

Kriegsverlauf und Judenmord

Im Dezember 1941 blieb die Wehrmacht vor Moskau stecken, die Sowjetunion konnte nicht überrannt und besiegt werden. Am 11. Dezember 1941 erklärte Hitler den USA den Krieg, die USA hatten schon zuvor Großbritannien und auch die Sowjetunion tatkräftig unterstützt. Ab Dezember 1941 konnte der Krieg von Deutschland objektiv nicht mehr gewonnen werden. Ein Sieg gleichzeitig gegen die USA, die Sowjetunion und Großbritannien mit ihren Verbündeten war schlicht unmöglich.

Im gleichen Dezember 1941 fiel auch die Entscheidung zur koordinierten, systematischen Ermordung der Juden im Machtbereich des 3. Reiches, die dann auf der Wannsee-Konferenz im Januar 1942 administrativ umgesetzt wurde (dazu u.a. Saul Friedländer, einer der weltweit renommiertesten Holocaust Forscher, Interview in: *Der Spiegel*, 41/2007, S. 214).

Ende 1941 hatte sich der Krieg schon über 2 Jahre hingezogen; die Juden waren seit 1933 ausgegrenzt, drangsaliert und verfolgt worden. Der Krieg und die Judenverfolgung bekommen mit dem Dezember 1941 aber eine neue, fatale Dimension. Die Vernichtung der Juden im Machtbereich der Nazis und die Fortsetzung und Steigerung des nicht zu gewinnenden, "verlorenen" Krieges bis zum Kriegsende Mai 1945 müssen zusammen gesehen werden. Sie sind die zwei Seiten derselben Medaille.

Der Dezember 1941 ist das Schlüsseldatum. Nicht nur der zeitliche Zusammenhang der Entscheidungen spricht dafür. Wer je in dramatischen, existentiellen, politischen Entscheidungssituationen stand - und der Dezember 1941 war für Hitler mit Sicherheit eine solche - wird sich dieser Einsicht nicht verschließen können.

Hitler hat die drohende Niederlage damals mehr als geahnt, er blickte in den Abgrund. Dafür spricht viel, nicht nur Indizien (wie u.a. die Rückzugspläne des deutschen Generalstabs aus Rußland). Ein politischer Hohlkopf war Hitler nicht, im Machtpoker kannte er sich aus. Sein

kometenhafter Aufstieg vom einfachen Agitator zu Beginn der Weimarer Republik bis zum Rußlandfeldzug 1941 spricht für sich. Er mußte sich der hoffnungslosen Lage nach dem Scheitern des Rußlandfeldzuges im Dezember 1941 vor Moskau bewußt gewesen sein; denn wiederholt hatte er betont, daß es einen Zweifrontenkrieg wie im 1. Weltkrieg unbedingt zu vermeiden gelte, weil er nicht durchzuhalten sei.

Auf der Gegenseite war sich Churchill seit Dezember 1941 absolut sicher, daß er trotz Rückschlägen in den kommenden Jahren letztlich als Sieger aus dem Krieg hervorgehen würde.

Die drohende Niederlage vor Augen hat Hitler ein infernalisches Untergangs- und Vernichtungsszenario in Gang gesetzt, dessen Opfer nicht nur die Juden, sondern das deutsche Volk und die Weltgeltung Europas werden sollten. Die Juden in seinem Machtbereich konnte er physisch vernichten, das deutsche Volk in einen Verzweiflungskampf stürzen und damit seine Existenz als Nation in Frage stellen. Das britische Empire, das schon im 1. Weltkrieg Risse gezeigt hatte, würde den von Hitler ins Auge gefaßten, prolongierten Konflikt nicht überstehen.

In seinem Kampf gegen Hitler bis zur "bedingungslosen Kapitulation" Deutschlands spielte Churchill Hitler in die Hände, weil er dem deutschen Durchhaltewillen bis zum Schluß 1945 mit der Forderung nach "bedingungsloser Kapitulation" eine, wenn nicht die entscheidende Motivation gab. Frankreich war ohnehin besiegt. Am Ende der Kriegshandlungen würden Millionen Juden vernichtet, Deutschland in Ruinen liegen und Europa als Machtfaktor in der Welt ausgelöscht sein. Die Welt sollte ihn auch ohne Sieg nie vergessen. Er würde einen Untergang inszenieren, der sich in das Gedächtnis der Welt einbrennen sollte.

Wenn Hitler eine Gabe hatte, dann die der politischen Inszenierung. Er schuf Bühnen für die Politik, die die Zeitgenossen immens beeindruckten, ja hinrissen (ob man das in späteren Zeiten nun unverständlich und eher komisch findet oder nicht): so u.a. die Reichsparteitage, die Olympischen Spiele 1936. Die Filme von Leni Riefenstahl legen noch heute Zeugnis davon ab.

Nicht alles war seine Erfindung. Er kupferte bei Mussolini und bei Stalin ab, schuf aber auch eigenes. Die gigantischen Ausbaupläne für Berlin, die er sich von Albert Speer entwerfen ließ, dokumentieren seinen Inszenierungstrieb und -willen. Sie legen Zeugnis ab von einer Bauwut, die für die Ewigkeit von ihm künden sollte. Er wollte vor der Geschichte als einer der ganz Großen dastehen, als einer von denen, die man nicht vergißt. Das Umkippen des Krieges im Dezember 1941, die drohende sichere Niederlage veränderte die Voraussetzungen. Nur noch in der grandiosen Inszenierung des Untergangs konnte er zu jener Unsterblichkeit gelangen, die er mit seinen Bauten nicht mehr erreichen konnte.

Den millionenfachen Mord an den Juden würden die Juden in der Erinnerung wach halten, die außerhalb seines Machtbereichs lebten - so wie die Juden u.a. die Flucht mit Moses aus Ägypten, die Verschleppung an die Ufer von Tigris und Euphrat im 6. Jahrhundert v. Chr. festgehalten und in unvergeßlichen Metaphern tradiert hatten. ...

Die Deutschen wiederum würden sich jahrhundertlang fragen, wie es möglich war, daß sie bis zum Schluß für eine Sache kämpften, die ihr eigener Untergang war - materiell und moralisch. Hitler sah übrigens voraus, daß die Deutschen nach dem Krieg unmittelbar vom "Hosianna" auf das "Kreuzige ihn" übergehen würden. Europa und die Welt würden sich auch noch nach großem zeitlichen Abstand über diese Zeit beugen, weil sie das Ende einer der glanzvollsten Perioden der Menschheitsgeschichte bedeutete, die mit der Vorherrschaft Europas seit der Renaissance einher ging.

Die Deutschen kämpften von der Kriegswende im Dezember 1941 bis zum Schluß im Mai 1945 einen verlorenen Krieg. Rund 5 ½ Millionen Männer fielen, davon im letzten Kriegsjahr ebenso viele wie in den Kriegsjahren zuvor. Die Städte in der Heimat versanken spätestens ab 1944 schutzlos im Bombenhagel der alliierten Luftflotten in Schutt und Asche. Millionen Fa-

milien wurden obdachlos, hunderttausende Zivilisten fielen den alliierten Bomberangriffen zum Opfer. Trotzdem wurde der Kampf bis zur Schlußphase in und um Berlin durchgehalten. Von Mitte April 1945 bis zur Kapitulation in Berlin hatte die Rote Armee nochmals nach offiziellen Zahlen 306.000 Mann Verluste.

In den allerletzten Kriegstagen bis zur Eroberung des Reichstags durch die Rote Armee fielen auf den wenigen hundert Metern zwischen dem Berliner Spreeknie, wo heute das neue Kanzleramt und die Schweizer Botschaft stehen, tausende deutscher und russischer Soldaten den Kämpfen zum Opfer. Die Rote Armee hatte auf dem Reichstag bereits die Rote Siegesfahne gehißt, da wurde aus dem Keller und oberen Stockwerken des Reichstags noch immer zurück geschossen. Ähnliches gilt für den Abwehrkampf an der Westfront, u.a. bei Aachen im Hürtgenwald, im Elsaß. Da fiel kein Kartenhaus bei der ersten ernsthaften Erschütterung zusammen, wie vielfach in den heutigen deutschen Medien suggeriert wird.

Es ist diese kompromißlose, entschiedene Gegenwehr bis zum bitteren Ende, die schon für die Generation der Kinder und Enkel der damaligen Wehrmachtsoldaten kaum oder gar nicht nachvollziehbar ist, obwohl sie der Erlebnisgeneration noch am nächsten stehen. Das dürfte nicht nur mit der "post-heroischen" Zeit zusammenhängen, in der wir Anfang des 21. Jahrhunderts in den westlichen, insbesondere europäischen Gesellschaften leben.

Bis zur alliierten Landung im Sommer 1944 in der Normandie und dem sowjetischen Durchbruch im Mittelabschnitt der Ostfront mag man sich ja noch in der Illusion gewiegt haben, es könne alles noch halbwegs gut ausgehen. Ab Sommer 1944 nicht mehr, jeder Zweifel war ausgeschlossen. An allen Fronten folgte Niederlage auf Niederlage. Die Verluste wurden immer höher. Das Schlachtfeld verlagerte sich auf das Reichsgebiet, schließlich auf Berlin.

Trotzdem wurde der Kampf fortgesetzt. Für viele entscheidend war die frühe alliierte Forderung nach der "bedingungslosen Kapitulation". Dazu waren die meisten nicht bereit; dann lieber Untergang im Kampf. Die Lähmung der inneren Opposition gegen Hitler und seine Kriegsführung war die Folge. Preußische Militärdisziplin, die unnachsichtige Verfolgung von sogenannten Wehrkraftzersetzerern mögen auch eine Rolle gespielt haben. Die Dolchstoßlegende, die an der Fiktion eines im Felde unbesiegten deutschen Heeres am Ende des 1. Weltkriegs festhielt, hatte sicherlich ihre Wirkung: so etwas durfte sich nicht wiederholen.

Wie weit mythische Vorstellungen von Götterdämmerung, Nibelungentreue etc. bei Einzelnen mitgespielt haben, läßt sich kaum erfassen. Hitler hing diesen Mythenbildern an, er suchte sie auf der großen Weltbühne zu inszenieren und zu verwirklichen - was ihm gelang.

Ab Dezember 1941 begann die systematische, organisierte Ermordung von 6 Millionen Juden in Hitlers Machtbereich. Wie schon ausgeführt gehören beide Entscheidungen zusammen: die Fortsetzung des nicht zu gewinnenden Krieges und der Genozid an den Juden. Hitler wollte die Juden, derer er habhaft werden konnte, in seinen Untergang und den Untergang seines Reiches mit hinein reißen. Er versprach sich davon eine unvergeßliche Steigerung der von ihm in Gang gesetzten Gewaltorgie. Der Holocaust lief ab wie geplant. Vielfach auch auf Kosten einer effizienten Kriegsführung. Transportmittel wurden u.a. nicht für den dringend benötigten Nachschub eingesetzt, sondern für Menschentransporte nach Auschwitz, Treblinka.

Auch wurde der Holocaust vor der Bevölkerung soweit wie möglich geheim gehalten (Peter Longerich, "Davon haben wir nichts gewußt", München 2006, S. 324 ff.). Das Kriegsgeschehen und der Genozid an den Juden lassen sich nicht trennen, sie greifen ineinander und bedingen sich gegenseitig. Jonathan Littell hat das in seiner Romanfiktion, "Die Wohlgesinnten" (Deutsche Ausgabe 2008) treffend und bleibend dargestellt. "Was man Nachwelt nennt, ist das Fortleben der Werke", Marcel Proust.

Aus der zeitlichen Distanz

Wie könnte die Nachwelt diese Geschehnisse aus langem zeitlichen Abstand beurteilen? Sicherlich wäre es unzureichend und zu einfach, allein auf Adolf Hitler abzustellen. Selbstzer-

störende Kräfte gab es im Europa der 1. Hälfte des 20. Jahrhunderts allenthalben. Die Aufklärung, die abendländische Rationalität war vielfach im Begriff "umzuschlagen", wie Theodor W. Adorno es formuliert hat.

Der Kommunismus z.B. war eine Idee, die die Menschheit beglücken sollte, brachte aber Unglück, Verbrechen und millionenfachen Tod. Der Kapitalismus oder der Markt, der angeblich alles richtet, verursachte 1929 ... eine schwere Wirtschaftskrise, die Millionen Menschen auf der ganzen Welt arbeitslos machte, Gesellschaften zerrüttete und in Deutschland in die Machtergreifung der Nazis mündete. (Es ist zu hoffen, daß die Auswirkungen der Finanzkrise 2007/2008 weniger dramatisch sein werden.)

Die Wissenschaft erfüllte ihr Heilversprechen nur teilweise und brachte u.a. mit der Atombombe Tod und Verderben bis hin zum drohenden Untergang der Menschheit. Wissenschaft ist nicht als solche gut. Die Aufklärung und ihre Rationalität lief völlig aus dem Ruder, sie schlug ins Unmenschliche um. Die Exzesse der Rationalität, die nur nach dem Nützlichen und Machbaren fragte, waren die Folge eines umfassenden Werteverlustes, Folge einer radikalisierten Aufklärung, die alles in Frage stellte und umstürzte.

Europa verlor die Selbstgewißheit. Es begann an sich und seiner historischen Mission zu zweifeln. Untergangphantasien machten die Runde. Offenkundig waren Auflösungserscheinungen: Ungewißheiten und Orientierungslosigkeit, die nicht selten in Aggressivität umschlugen. Besonders ausgeprägt war dies in Deutschland, dessen Gesellschaft durch die Niederlage im 1. Weltkrieg nachhaltig erschüttert und besonders verunsichert war. So oder ähnlich könnte eine Diagnose aus der zeitlichen Distanz lauten.

Der Antisemitismus war, wie nicht zu übersehen ist, keineswegs auf Deutschland beschränkt. Es gab in den meisten Ländern Europas und den USA einen latenten Antisemitismus, oft in Form eines gesellschaftlich akzeptierten Salon-Antisemitismus. Kaum ein Staat war bereit, die aus Nazi-Deutschland vertriebenen Juden aufzunehmen. In Deutschland verdichtete sich der Antisemitismus zum Holocaust erst im Dezember 1941, als der Krieg bereits verloren war. Vorher hatte es antisemitische Hetze, Drangsalierungen und Verfolgungen gegeben, aber keinen systematischen und organisierten Genozid.

Nachdem man weiß, wohin das in Krisenzeiten führen kann, wird es hoffentlich in mehreren hundert Jahren keinen Antisemitismus mehr geben. Der sich seit der Gründung Israels ausbreitende Antisemitismus in der arabischen, islamischen Welt mit zunehmend religiöser Grundierung - etwas was es vorher im Islam nicht gab - ist allerdings Grund zur Beunruhigung.

Der hoffnungslose Krieg Deutschlands mit dem entfernten Verbündeten Japan praktisch gegen den Rest der Welt ab Dezember 1941 bis zur finalen Schlacht um Berlin im April/Mai 1945 dürfte die Nachwelt nicht nur als Rätsel interessieren: gewissermaßen als Fallstudie einer Gesellschaft, deren letzte kämpfende Vertreter nach jahrelangem hoffnungslosem Krieg schließlich in Berlin physisch vernichtet werden mußten.

Es war bisher üblich, daß ein derartiger Widerstand in späteren Zeiten heroisiert und glorifiziert wurde. Man denke an den hoffnungslosen Kampf des Spartanerkönigs Leonidas an den Thermopylen gegen die Perser 480 v. Chr. Wahrscheinlich hat auch Hitler und seinen engsten Getreuen etwas Ähnliches vorgeschwebt. Den Soldaten in Stalingrad hielten sie Leonidas und seine Spartaner als leuchtendes Beispiel vor.

Im Deutschland der Nachkriegszeit bis Anfang des 21. Jahrhunderts und von der alliierten Geschichtsschreibung wurde dieser Abwehrkampf weitgehend verschwiegen. Die Briten schwelgen geradezu in einer Herabwürdigung des angeblich "feigen" deutschen Feindes.

Das Verschweigen scheint Teil des Exorzismus zu sein, mit dem man jedweder Verherrlichung des Nazi-Regimes begegnet, ein Tabuthema, das man ungern berührt. Das nützt freilich nichts. Spätere Generationen werden sich vor einer Wiederauferstehung der Nazi-Ideologie

nicht mehr zu fürchten brauchen und dieses Thema unbefangener angehen. Vielleicht wird man in dieser kriegerischen Unbeugsamkeit einen markant deutschen Charakterzug sehen, eine Bündelung sogenannter deutscher Sekundärtugenden. Voraussichtlich wird von diesem Totenkampf für die Nachwelt eine gewisse Faszination ausgehen.

Dies um so mehr, als er auf das engste mit dem Genozid an den europäischen Juden verbunden ist. Nach 1945 hat man gehofft und glaubte annehmen zu können, daß der Genozid nun für immer gebannt sei und der Vergangenheit angehöre. Leider haben wir in der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts erfahren müssen, daß dem nicht so ist:

Ruanda, Kambodscha, Bosnien/Srebrenica, Sudan/Darfur sind traurige Beispiele für das Gegenteil. Die Türkei weigert sich bis heute beharrlich, den Völkermord an den Armeniern im 1. Weltkrieg einzugestehen.

Wie gehört das zusammen: Völkermord auf der einen, schwere Krisen, Krieg um die Existenz, sei es der eigenen Nation oder des eigenen Volkes auf der anderen Seite? Welche Prädispositionen begünstigen in solchen Situationen kollektive Radikallösungen, die im Genozid gipfeln können? Wenn die Menschen in künftigen Generationen keinen moralischen Quantensprung machen, wofür leider wenig spricht, muß man davon ausgehen, daß der Genozid in Extremsituationen auch künftig nicht ausgeschlossen werden kann. Dann wird der 2. Weltkrieg vom Dezember 1941 bis Mai 1945 ein Fallbeispiel sein, das möglicherweise auf einige Fragen Aufschluß geben kann.

Das Kriegsende 1945 besiegelte auch das Ende der europäischen Vorherrschaft in der Welt. Zwar durften Churchill, später auch de Gaulle für Frankreich unter den Siegern Platz nehmen. Churchill konnte schon seit 1943 keinen entscheidenden Einfluß mehr auf Kriegsverlauf und Nachkriegsordnung nehmen, wie er schmerzlich erfahren mußte. Frankreich war ohnehin geschlagen worden. Das Empire, für das Churchill gestritten hatte, zerbrach unmittelbar danach. Dem Kampf gegen Hitler hatte Churchill entgegen seiner Zielsetzung das Empire geopfert. Entscheidend ist die Verlängerung des Krieges, die dem britischen Empire letztlich das Kreuz brach.

Großbritannien war 1945 so erschöpft, daß es die Gestaltung der Nachkriegsordnung anderen, den USA und Stalin überlassen mußte. Der Konkurrent Deutschland war zwar ausgeschaltet, aber Großbritannien lag selbst am Boden. Das gleiche galt für Frankreich. Als europäische Großmacht hatte allein die Sowjetunion bis zur Zeitenwende 1989/1990 überlebt.

Die klassischen Mächte Europas: Frankreich, Großbritannien, Deutschland waren 1945 entmachtet. Europa hatte die Möglichkeit, seine Zukunft selbst zu bestimmen, zumindest für eine längere Zeitspanne verloren.

Deutschland war besiegt, die Großmachtstellung von London und Paris stand nur noch auf dem Papier. Der Aspekt einer aus den Fugen geratenen europäischen "balance of power", die nicht mehr das Zurechtstutzen sondern das Ausschalten eines Gegners und Mitspielers im europäischen Mächtekoncert zum Ziel hatte, wird als eine Art kollektiver Suizid Europas die Nachwelt ebenfalls faszinieren. Das gilt besonders dann, wenn auf dem Globus eine multipolare Welt entsteht, wie es zu Beginn des 21. Jahrhunderts den Anschein hat. Diese multipolare Welt wird vor Problemen stehen, die denen Europas im 20. Jahrhundert gleichen.

Wenn nicht alles täuscht wird die Nachwelt nach vielen Jahrhunderten von Deutschland demnach in Erinnerung behalten:

- 1) den objektiv hoffnungslosen Kampf gegen eine übermächtige Koalition bis zur letzten Schlacht um Berlin 1945,
- 2) den Genozid an den europäischen Juden, der mit dem seit Dezember 1941 radikalisierten Krieg untrennbar im Zusammenhang steht und
- 3) das Ende der europäischen Vorherrschaft in der Welt infolge des Kampfes von Churchill um die endgültige Ausschaltung Deutschlands als Konkurrenten. An diesen drei Punkten

könnte sich abarbeiten, wer aus deutscher Sicht zum überlieferten Bild unserer Geschichte für die Nachwelt beitragen will.

Das ist zugegeben eng und irgendwie schade. Denn damit geraten die eigentlich wichtigen deutschen Beiträge zur europäischen Geschichte, die deutsche Philosophie und die klassische Musik, ins Abseits und möglicherweise in Vergessenheit. Es bleibt jedoch dabei:

Mit den zwei Weltkriegen und dem Höllenritt von Dezember 1941 bis Mai 1945 hat sich Deutschland für immer ins Gedächtnis der Menschheit eingebrannt und ist - man kann es auch so ausdrücken - der Geschichtslosigkeit entronnen. Manche mögen eine deutsche Geschichtslosigkeit einer solchen deutschen Geschichte vorgezogen haben. Ändern können sie es nicht mehr.

Die zeitliche Bedingtheit historischen Wissens

Martin Heidegger hat herausgearbeitet, daß die Suche nach dem absoluten zeitlosen Fundament der Erkenntnis aus dem Vergessen der menschlichen Zeitlichkeit kommt. Der Mensch wird in das "Sein geworfen", über das er in der kurzen Zeit, in der er lebt, keine Verfügung hat. Die Geschichtlichkeit des Menschen ist eine Bedingung der Möglichkeit des Verstehens. Die geschichtliche Gebundenheit ist die Vorstruktur des Verstehens, der Mensch kann sich davon nicht lösen.

Das gilt auch für unsere Gegenwart. Wir sind in diese Vorstruktur, in unsere zeitgebundenen Vorurteile eingebunden (vgl. M. Heidegger, Sein und Zeit, Tübingen 1986, 16. Aufl., S. 114). Die Zeitgebundenheit unseres heutigen Verstehens der jüngsten deutschen Geschichte ist offenkundig. Frei machen können wir uns davon nicht. Wir können unseren Zeithorizont, die kurze Phase unserer Existenz nicht überschreiten. Wir wissen nicht, in welchen Sinnzusammenhang die Menschen in einigen hundert Jahren die deutsche Geschichte der 1. Hälfte des 20. Jahrhunderts sehen und stellen werden. Es wird ein anderer sein als heute.<<